

Die Baugewerkschaft

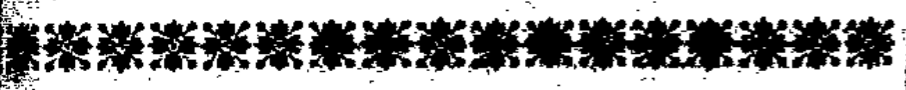
Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Einzelgenpreis: Inserate 60 P., Reklame 1,60 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.
 Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
 Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühow, 2513.
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 21. Berlin, den 26. Mai 1912. 13. Jahrgang.



Pfingsten.

Als der Herr, umgeben von einem Schimmer göttlichen Macht und Herrlichkeit, gen Himmel aufgefahren war, da war zage Bangigkeit in Herzen seiner Apostel eingezaubert. Er, der ihnen der Führer und Lehrer gewesen, hatte sie verlassen, und zitternd standen sie vor der gewaltigen Aufgabe, die zu erfüllen er ihnen aufgegeben hatte. War sie nicht viel zu groß und zu für sie? Noch waren der Jünger des Herrn so wenige und der Feinde so viele, ach, zu viele. Und sie, seine Jünger, waren arme Fischerleute. Durften sie hoffen, Kampf gegen eine Welt voller Bosheit und Verstand, voller Selbstsucht und Verlogenheit siegreich bestehen zu können? Oh, wie groß die Schwere ihrer Aufgabe vor ihnen lag, und ist's verwunderlich, daß ängstliche Besonnenheit sich ihrer Herzen bemächtigte? Was ja nicht der Geist Gottes, der sie mit seiner Erfüllung sollte, über sie gekommen — zehnten harrten sie keiner in Scheitern und Ermüdung.

Dann kam der Pfingsttag: welche Anwandlung vollzog er an den Jüngern und so jugendlichen Männern! Felsenfeste Überzeugung war an alle der Zweifel getreten, und ihr bisheriges Leben wich riesenstarkem Willen. Feuriger Mut umgibt sie, und in ihnen glüht die Begeisterung eines Feuers, das sie fortrifft, allen Gefahren die sie zu bieten und die Welt zu erobern.

Diese Männer, erfüllt von Arbeitsfreudigkeit und Sattkraft, waren es, die die Macht des Christentums aufrichteten und es zum Menschentum machten. Aber auch nur solchen Männern sollte das große Werk gelingen. Was ihnen die dazu gab, war der unerschütterliche Glaube an den Sieg der gerechten Sache, und in der Hoffnung boten sie allen Gefahren Stolz und brachten sie gern alle Opfer.

Fast zwei Jahrtausende hat seitdem der Strom dahingewälzt. Aber hat nicht auch die Zeit manchen Charakterzug mit her dahingegen? Auch heute haben sich die Verhältnisse gegen die christliche Weltanschauung geändert. Müssen wir in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung dies nicht allgegenwärtig verspüren? Oh, unzählige sind der Feinde, die uns entgegenstellen, und groß ist ihre Macht. Müssen wir unsere Aufgabe nicht als ein Kampfbildnis der Gegner erfolgreich zu behaupten, ja, über diese obliegen? Wir zweifeln nicht daran. Aber dann muß etwas von dem Pfingstgeist, dessen Kraft die Apostel empfingen, in uns sein. Der Geist hat seine Heimat im Himmel, aber

Nächstenliebe, muß vor allem in uns lebendig sein. Wo aber wäre dieser Geist notwendiger als in der Gewerkschaftsbewegung? Es ist nicht der Egoismus, die Selbstsucht, die das Wesen der Gewerkschaft ausmacht. Die Alten unter uns, die vielleicht schon in den nächsten Jahren abberufen werden können, haben unendlich viel geleistet, aber von den Früchten ihrer Arbeit haben sie nur wenig genossen. Sie haben gearbeitet für die Ueberlebenden und für die kommende Generation. Aber das ist eben der Grundtrieb der Gewerkschaftsbewegung: Die Sorge für den Stand, für die Kinder und Enkel, die dereinst im Schatten des Mannes leben sollen, den sie in notwendiger Zeit mit schwerer Hand gepflanzt haben.

Das sind die idealsten Arbeiter nicht, die die Hände ineinanderlegen und warten, bis ihnen von der Organisation gelegentlich Vorteile in den Schoß geworfen werden. Idealgestimmte Arbeiter sind diejenigen, die den Kampf wagen, damit auch die anderen Standesgenossen gehoben werden, damit auch sie aufrecht und gerade, frei und geachtet durchs Leben gehen können. Deshalb darf nicht nur das Gefühl, Standesarbeit geleistet zu haben, sondern auch das Bewußtsein, wirkliche und praktische Nächstenliebe geübt zu haben, das Hochgefühl des pflichterfüllten Gewerkschaftlers sein. Man darf deshalb mit Recht sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung ein Stück moderner Nächstenliebe, ein Stück lebendigen Christentums dem Arbeiterstande ist.

Aber auch heilige Begeisterung und feuriger Mut, Tugenden, die die Jünger an jenem ersten Pfingsttage in so hellem Lichte zeigten, dürfen bei unserer Gewerkschaftsarbeit nicht fehlen. Wäre ohne den großen, idealen Schwung, der unsere Bewegung durchzieht, dieselbe überhaupt das je geworden, was sie heute ist? Unimmermehr! Denken wir an die ersten Zeiten unseres Verbandes zurück. Welche Begeisterung durchglühte die alten Kämpfer, die unter unermesslichen persönlichen und materiellen Opfern zuerst die christliche Gewerkschaftslehre aufpflanzten. Der Alte, dem die Reihe der Jahre schon den Rücken gebeugt, stand mutig neben dem Jüngling, dem der erste Flaum die Lippen kräuselte. Auf ihren Gesichtern spiegelte sich Ernst und Energie, der feste Wille, allen Widerständen zu trotzen. Sie waren durchdrungen von der hohen Mission, die sie erfüllen sollten: Kampf für die Rechte des Arbeiters und Wahrung der heiligsten Güter. So stritten sie in zahllosen Kämpfen — einer Welt von Feinden gegenüber.

Die ideale Sinn und die begeisterungsvolle Arbeitsfreudigkeit für unsere gute Sache dürfen bei uns nicht schwinden. Sie bieten uns schwachen Menschen die Kraft, die Arbeit, deren es noch so viel zu tun gibt und die oft so drückend auf uns lastet, leichter zu tragen. Sie hilft uns über die Mühseligkeit hinweg, die sich gleich einer

Schlange manchmal an uns heranschleicht, wenn nicht gleich die Erfolge der entfaltetten Tätigkeit sich einstellen. Wie hart deucht uns manchmal die Kleinarbeit, wie undankbar ist oft die Tätigkeit unserer Vorstände und Vertrauensleute, die jahraus, jahrein Trepp auf, Trepp ab wandern, dafür oft noch harte Worte hören müssen. Sie machen die Arbeit trotzdem, mit Liebe sogar. Der Idealismus gibt ihnen die Kraft dazu. Es gilt ja dem einen, großen Ziel, das sie alle fest im Auge haben — unverrückbar.

Und so soll es auch fürderhin bleiben. Die Zeiten sind heute ernster denn je. Da gebrauchen wir starke, selbstlose Männer, Männer, die in ihrer Begeisterung und in dem felsenfesten Vertrauen auf den Sieg der eigenen Sache die Schwankenden und Lauen mit sich fortzureißen vermögen. Eine hohe Mission ist unserer Bewegung aufgetragen. Sie zu erfüllen ist unser aller Aufgabe. Dazu rufen wir alle auf zum Kampf. Wir kämpfen für unsere Ideale, die christlichen Ideale, für die Freiheit unserer religiösen und politischen Ueberzeugung, für unser Sein. Wollen wir aber siegen, dann muß der Geist der Pfingsten in uns lebendig sein. Er gibt uns im Kampfe Mut und Kraft und hält das Feuer der Begeisterung in uns wach. Mag er stets in den Reihen unseres Verbandes mächtig sein und Früchte schaffen für das gemeinsame hohe Werk!

Gewerkschaftliche Grundfragen.

V.
 Die Auseinandersetzung über „Masse und Führer“ und über gewerkschaftliche „Sisyphusarbeit“ (vergebliche Arbeit) im sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftslager haben ihren eigentlichen Ursprung in den von uns gekennzeichneten Gegensätzen zwischen Partei und Gewerkschaft beziehungsweise ihren entgegengesetzten Interessen. Der Mensch ist nun einmal so beschaffen, daß sein Handeln konsequent in einer Richtung verläuft; er kann nicht einen halben Tag positive gewerkschaftliche Arbeit leisten und in der anderen Hälfte unpositive politische, ohne daß das eine das andere in irgend einer Art beeinflusst. Daher befürchtet die Partei, daß die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit die harmonische parteipolitische Erziehungsarbeit stören könnte, und steht ihr dieserhalb dauernd mißtrauisch gegenüber. Umgekehrt liegt es ebenso, die „freien“ Gewerkschaftler tun das wiederum der Partei gegenüber, mit der sie verbunden sind. Das wird durch den Kampf um die Jugendorganisation und Jugendausbildung, sowie durch die Errichtung einer besonderen Gewerkschaftsschule neben der Parteischule bewiesen. Wie sehr die „freien“ Gewerkschaftsführer den Druck fühlen und Angriffe aus ihrem Parteilager fürchten, geht aus der realistischen Beratsicherung, sobald sie ein gewerkschaftliches Problem erörtern, hervor, daß das dem Klassenkampf durchaus keinen Eintrag tue, im Gegenteil, ihn fördere. Sie wollen Angriffen vorbeugen, indem sie ihre gute (sozialdemokratische) Meinung sich selbst bezeugen. Das stimmt immer verächtlich.
 Auch auf dem wichtigsten gewerkschaftlichen Gebiet nämlich auf Gegenüber auf zwischen den „freien“

Allgemeines.

Radikalismus ist Gift für die Gewerkschaftsbewegung. Das müssen auch vernünftige Stimmen sozialdemokratischer Gewerkschaftslager eingestehen, sie auch nicht mehr an der Verknüpfung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie ändern können. Nach den Reichstagswahlen hat die Genossin Luxemburg in einer Versammlung in Bremen die Mahnung zum „frisch-fröhlichen revolutionären Sturm“ aufgerufen. „Ihr müßt jetzt als Masse auf den Kampfplatz und für das preussische Wahlrecht und den Achtstundentag der Straße kämpfen!“ Das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, der „Grundstein“ (Nr. 11), nennt diese Redereien Unfug und Wahnsinn, für die Arbeiterschaft zu reich sei. Es sei kaum zu verstehen, wie urteilsfähiger Mensch den Arbeitern solche Ratschläge geben könne.

Wie können schon darum nicht dazu schweigen, unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die für einer solchen Aufspaltung der Gemüter und Vermirrung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgischen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellten, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Umfangs durchzuführen vermögen (!). Soweit dies letztere die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Bewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben Protest dagegen.

Ähnliche Klagen über die gewerkschaftliche Desorientierung durch sozialdemokratischen Radikalismus sind das Hauptorgan der „freien“ Gewerkschaften, das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission (Nr. 13, 1912), wo es die stetig zunehmende Disziplinlosigkeit im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager folgendermaßen zu klären sucht:

In der Praxis bilden wir feste, dauerbare Organisationen, rechnen wir nüchtern auf Jahrzehnte mit der Dauer der bestehenden Wirtschaftsordnung: in den Statuten unserer Verbände ist die Steigerung der Unterhaltungsätze auf 20 Jahre voraus berechnet, in der jetzt in Bildung begriffenen „Volkshilfe“ rechnen wir Menschenaltern; aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liegt der große Tag des jüngsten Gerichts und der endgültigen Erlösung sozusagen in der Luft. Eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt Boden, seine Trümmer aber formen sich sogleich, eine ihnen unwohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen. Dieser Widerspruch zwischen der Auffassung sehr großer Mitgliederkreise von der Neugestaltung des sozialen Wesens einerseits und der unbedingten tatsächlichen Zustände andererseits ausgenutzt, ist der Grund, auf dem die meisten Konflikte wachsen.

Mit anderen Worten liegt darin das Eingeständnis, daß die sozialdemokratischen Ideen im strikten Gegensatz zur gewerkschaftlichen Gegenwart stehen, und die enge Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft nur auf Kosten der letzteren und zum unbedingten Schaden der Arbeiter möglich ist.

Der Mitgliederchwund im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband hat infolge des so schmählich endeten Streiks im Ruhrgebiet einen derartigen Umfang angenommen, daß es der Verband gar nicht mal wagen konnte, in der üblichen Zusammenkunft im Aprilheft des „Reichsarbeitsblattes“ seine Mitgliederzahl vom Ende des 1. Quartalsjahres 1912 anzugeben. Dieser große Mitgliederverlust ist verständlich. Tausende von Bergarbeitern haben Familien sind durch den frivolen Streik ruhmlos und elend gestürzt worden. In dem erheblichen Ausmaß, der erst in diesem Monat recht in die Erscheinung tritt, und zu dem Einhalten der sechs Kontraktbruchschritten kommt bei manchem Bergarbeiter noch hinzu, daß infolge des Streiks gemahregelt und arbeitslos geworden ist. Infolge der sozialdemokratischen Verheerung haben Hunderte und abermals Hunderte von Bergleuten wegen ihrer Ausfahrungen beim Streik die strenge des Gesetzes erfahren müssen und sind auf Monate und Jahre ins Gefängnis gewandert. Es kann daher nicht ausbleiben, daß immer mehr Bergarbeitern Augen aufgehen über das arbeiterfeindliche Vorgehen des Verbandes beim Streik, und daß die Mitglieder scharenweise dem sozialdemokratischen Verbände den Rücken kehren.

Ueber die grundsätzliche Stellung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zum Streik werden in der letzten Zeit in der sozialdemokratischen Presse unheimlichen Behauptungen aufgestellt. So soll der Gewerkschaftsverein auf das Streikrecht gänzlich Verzicht gemacht haben. Als Beweis hierfür wird u. a. eine Notiz der Nr. 103 der „Germania“ vom 7. Mai 1912 angeführt, welche der Redaktion zweifellos als Auktionslot beigelegt worden ist. Demgegenüber ist kurz zu bemerken, daß der Gewerkschaftsverein seine grundsätzliche Stellung zum Streik nicht im geringsten geändert hat. Auf der Versammlung des Gewerkschaftsvereins wurde diese Stellung nicht festgelegt und in dem diesbezüglichen Referat festgestellt: Der Gewerkschaftsverein will sein Ziel möglichst friedlichen Wege zu erreichen suchen. Wenn die Arbeiter trotz aller glücklichen Vorstellungen den Streik nicht ablassen wollten, so schaute der Gewerkschaftsverein auch den Kampf nicht. Dieser bleibt aber das Mittel. Wenn seine Anwendung aber notwendig wurde, so ist es nicht gescheit. Und so bleibt es auch in Zukunft in Zukunft wird der Gewerkschaftsverein versuchen, Frieden mit den Arbeitgebern auszuhandeln. Ist das unmöglich, dann wird auch der Kampf, der Streik, gescheit, sojourn er den Arbeitern den Erfolg verspricht.

glauben, die Tendenz der Tarifverträge verläuft in anderer Richtung.

Und so fragen die doktrinareren Parteipolitiker, welche Wirkung üben die Tarifverträge, und gar erst in ihrer heutigen Entwicklung, auf die Massen aus. Keinen guten, keinen guten, ist ihre Antwort. Sie erzeugen einen Geist, der zum Philister- und Spießertum führt. Dem „frisch-fröhlichen Kampf“, der die Gegensätze scharf offenhält und Verbitterung erzeugt, sind sie geradezu Gift. Noch verächtlicher werden ihnen die Tarifverträge dadurch, daß die Unternehmer selbst auf den Abschluß solcher drängen und sie sich sogar zu erzwungen trachten. Und gar erst, wenn sich die Arbeiter als Vertragskontrahenten in Verfolg bürgerlicher Moral von den „papierernen Paragraphen“ wollten abhalten lassen, zur Erklärung irgendwelcher politischer Rechte, etwa durch einen „Rassen- oder Generalkrieg“. „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, sagte darum die „Leipziger Volkszeitung“ vor nicht allzu langer Zeit, „wenn die welche sie schließen, ihnen die bindende Kraft angedeihen, den hallenden Schritt des revolutionären Proletariats den bürgerlichen Bedenken der Vertragstreue zuliebe auch nur eine Minute aufzuhalten“. Und in gleicher Richtung läuft eine Auslassung dieses Blattes in Nr. 91 von diesem Jahr über die obligatorischen Schiedsgerichte und die kampflos erreichten Erfolge, indem es schreibt:

„Scheinbar mag ein Vorteil darin stecken, daß man mitunter kampflos Vorteile bekommt. Aber dieser Vorteil ist in Wirklichkeit ein Nachteil. Das Friedenselixier ist für das Proletariat lähmend. Das Gift. Nur der Kampf schafft die Vorbedingung bleibender und weiterer Errungenschaften. Ist kein Kampf nötig, entscheidet „das Recht“ und nicht die Macht, so fehlt aller Anlaß, die proletarische Macht zu stärken. Dann verflümmern die gewerkschaftlichen Organisationen, dann schwinden Disziplin und Solidarität dahin, dann bleiben die Arbeiter beschränkte, machtlose Eingänger. Aber durch die kleinbürgerliche demokratische Illusion läßt sich die Wahrheit, daß die Macht über das Verhältnis der Klassen und ihr Recht gebietet, nicht beiseite schieben. Je machtloser die Arbeiter bleiben, um so ungünstiger werden die Gerichtsentscheidungen für sie, um so weniger können sie auch die notwendigen Lohnhöhungen durchsetzen, um so mehr wird das Schiedsgerichtsverfahren als ein einfaches reaktionäres Streikverbot. Die bürgerliche Utopie wird immer mehr zu einer Waffe des Kapitals gegen die Arbeit.“

Also nur Kampf, „das Friedenselixier ist für das Proletariat lähmend. Wer diesen Standpunkt vertritt, ist auch kein Freund der Tarifverträge, zumal ihre Entwicklung immer mehr in schiedsrichterlichen Entscheidungen verläuft. Der Vorwurf des Diebengeldes mit dem Syndikalismus, der Raub in dem schon genannten Buch der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften gemacht wurde, trifft nicht nur voll und ganz auf das Leipziger Blatt, sondern auf die doktrinareren Parteipolitiker überhaupt zu. Diese „neue soziale Ordnung“ wie die ganze Richtung paßt ihnen nicht, unermindelter Klassenkampf ist ihre Parole. Das Erfurter Programm, das heute noch offiziell Geltung hat, steht allerdings an ihrer Seite, denn die „neue soziale Ordnung“ paßt zu ihm wie der Fuchs in den Hühnerstall.

Zu den Anschauungen Winnigs kann nur jemand kommen, der die Tarifverträge wie die gewerkschaftliche Arbeit überhaupt nur als Selbstzweck, nicht als Mittel zum Zweck betrachtet. Daher wird er auch selbst in seinen gewerkschaftlichen Kreisen keine allgemeine Zustimmung finden, da auch „freie“ Gewerkschaftsführer ihre gewerkschaftliche Tätigkeit unter dem Gesichtswinkel betrachten, wie diese auf die (sozialdemokratische) politische Tätigkeit beziehungsweise ihres Subjekts wirkt. So kommt es, daß z. B. der „freie“ Zimmererverband die Auffassung vertritt, die Unzufriedenheit mit den Tarifverträgen liegt in deren Entwicklung zum Reichstaxi, unter dessen Herrschaft die berechtigten Interessen der Arbeiter keine Berücksichtigung erfahren. Der Gewerkschaftsbewegung, als ein Stück der großen Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse, letztes Ziel müsse sein, „die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und die Einführung des Sozialismus.“ (Protokoll der neunzehnten Zimmerergewerkschaftsversammlung, Seite 297). Die Gewerkschaftsbewegung müsse sich gegen die Behauptung der Unternehmer wenden, die darauf hinwirken, das Unternehmertum in seiner Existenz zu erhalten und damit auch die Arbeiterschaft, so wie sie einmal ist. Der „freie“ Zimmererverband ist also ein „Leipziger Volkszeitung“ und den doktrinareren Vertretern der Partei nicht weit entfernt von der „neuen sozialen Ordnung“ Winnigs scheint er nichts anderes zu wollen. Den Grund dafür scheinen wir nicht anders als den zu haben, daß aber auch „freie“ Gewerkschaften diesen Standpunkt vertreten, läßt die Generalkommission von Winnig angeführten Prolegomena für die Beteiligung an noch mehr in die Entwicklung führen.

Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei dem Tarifvertrag. Winnig wundert sich darüber, daß die „so sehr bedeutsame Entwicklung des Tarifvertragswesens vom Standpunkte der sozialistischen Theorie“ noch nicht von der Parteipresse erörtert worden ist, obwohl doch hier „Elemente einer neuen sozialen Ordnung austauschen“, die geradezu nach „Durchleuchtung“ schreien. Das ist es ja gerade diese „neue soziale Ordnung“, die von den doktrinareren Parteipolitikern mit größtem Mißtrauen beobachtet wird. Gewiß, die sozialdemokratische Presse brüht sich gern mit den Erfolgen der „freien“ Gewerkschaften, auch den von ihnen abgeschlossenen Tarifverträgen, aber das geschieht nur aus Mangel an eigenen politischen Erfolgen. Um diesen Mangel zu beden, die hilflose politische Schwäche trotz größter Stimmenzahl zu verschleiern, dazu ist ihr schon die Gewerkschaftsarbeit recht. Aber die Tarifverträge an sich, ihr Aufbau, Inhalt und ihre heutige Entwicklung, das ist für sie etwas anderes. Bilden sie denn nicht geradezu einen Hohn auf das Erfurter Programm, das in seinen beiden ersten Absätzen sagt, daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft für die Proletariat, wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“ bedeutet? Gewiß ist das ein Hohn auf die Tarifverträge wie auf die gewerkschaftliche Arbeit überhaupt.

Dier Tendenzen sind es, die hauptsächlich den Tarifverträgen innewohnen: ihre ordnungspolitische Wirkung, die Milde der Klassenengegenstände, die praktische Verwirklichung der Gleichberechtigung der Arbeiter im Wirtschaftsleben und ihre gewerkschaftsfördernde Kraft. Die Tarifverträge schaffen stabile Verhältnisse und bringen Ordnung in das gewerbliche Durcheinander. Das ist eminent gewerkschaftsfördernd, was einschließt, daß die Position der Unternehmer nicht geschwächt wird, vielmehr gefestigt, wodurch ihre „Ueberwindung“ naturgemäß in endlose Ferne rückt. An Stelle der fortwährenden Kämpfe tritt die Waffenruhe für einen bestimmten Zeitabschnitt. Durch die parlamentarische Behandlung der Streitpunkte zwischen den Parteien wird die Zahl der Kämpfe eingezugt, die Bestrebungen auf Errichtung schiedsrichterlicher Instanzen, die innerhalb der Gewerkschaften selbst und ebenso außerhalb bestehen, laufen samt und sonders darauf hinaus, sie noch mehr einzuzengen beziehungsweise ausgebrochene Kämpfe abzulösen. Und die Klassenengegenstände? Sollen sie sich etwa verschärfen, nachdem durch den gegenseitigen Abschluß von Verträgen die ansehnliche Einseitigkeit der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer beseitigt, die Unsicherheit und Willkür der Entlohnung unterbunden ist? Das ist kaum anzunehmen. Ein Beweis dagegen ist die zunehmende sozialdemokratische Stimmenzahl keineswegs, da diese ihre Ursache zunächst in anderen Gründen hat, auf die wir hier nicht eingehen können. Zudem ist die Tarifentwicklung noch zu jung, um ein sicheres Urteil abgeben zu können. Ihre innere Wirkung tritt aber immerhin in Erscheinung, wovon die gegen Raubherrschaft gerichtete Propaganda der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, „Symphasarbeit oder positive Erfolge“, noch mehr aber die Artikel Winnigs im „Korrespondenzblatt“ äußere Zeichen sind. Die innere Wirkung ist also bereits da, die Gewerkschaftsführer können sich ihr nicht mehr entziehen, sie bedeuten nur, daß ihre Mitglieder nicht so schnell ihren Folgen können, ihre „politische Ideologie“ abzuschreiben und der gewerkschaftlichen Evolution sich anzubehalten.

Die Entwicklung zum Reichstaxi trägt die gekennzeichneten Tendenzen noch mehr in sich. Gewiß, auch die Kämpfe werden dadurch größer und können einen gewaltigen Umfang annehmen. Das damit verbundene Risiko ist aber so groß, und zwar für beide Teile, daß die Chancen viel weniger abzuwägen werden wie bei einem minderen Risiko. Das Ziel des Kampfes aber bleibt immer — und das ist das Entscheidende — der Frieden. So haben die bestehenden Reichstaxi des Streikes, für die sie abgeschlossen sind, mehrjährige Zeitspannen gebracht, die, wie wir anzunehmen wohl guten Grund haben, in der Folgezeit sich noch verlängern werden. Und die Lebensverhältnisse der Arbeiter? Sie haben sich nicht wesentlich durch die gewerkschaftliche Arbeit erheblich gebessert und sind durch die Tarifverträge sogar verschlechtert. Die Arbeiter haben sich einen größeren Anteil an Arbeitserlösen und damit an unserer Kultur erworben. Wir wollen damit keineswegs sagen, daß nun alles zufriedenstellend sei und ein absolut harmonisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter besteht. Denn wenn man sich nur die Interessen der Arbeiter und die Interessen der Arbeitgeber gegenüber stellt, so ist die Lage der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern ein sehr ungleiches. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu wehren, während die Arbeitgeber in der Lage sind, die Arbeiter zu unterwerfen. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu wehren, während die Arbeitgeber in der Lage sind, die Arbeiter zu unterwerfen. Die Arbeiter sind in der Lage, sich zu wehren, während die Arbeitgeber in der Lage sind, die Arbeiter zu unterwerfen.

berechtigten Forderungen zur Durchführung ge-
hen. Der Gewerksverein wurde wegen seiner Stellung
Streik nicht selten scharf angegriffen. Das kann
aber nicht von der bisherigen Praxis abbringen.
Unverständlich ist, daß unsere Kämpfe sowohl in ihren
Wirkung als in der Art der Durchführung uns nicht in
Anspruch bringen dürfen mit den gewöhnlichen Grund-
sätzen der Gerechtigkeit und Liebe. Es sei das ausdrücklich
um Mißdeutungen zu begegnen. Durch die fort-
währenden Angriffe des sozialdemokratischen Verbandes
den Gewerksverein soll nur der Streik und die Mißstim-
mung im Verhandlungslager verdeckt werden.

Eine gewalttätige Abfuhr hat sich der bekannte Ober-
meister von Saarabien Dr. Alexander Tille geholt.
Alexander Tille macht nämlich wieder in Sozial-
politik, solche Tille'scher Obervand natürlich. Seine sozial-
politischen Rezepte sind allerdings meist recht eigenartig
erfunden, stark an die Kurzen des berühmten Doktor
Bart. So schrieb er vor einiger Zeit einen Artikel
in der „Südwest. Wirtschaftszeitung“, betitelt: „Die
Freiheit der Vereinigung zur Wirt-
schaftsordnung und Fortschrittserpressung“.
Wobei die Ueberschrift so außerordentlich viel sagend ist,
daß wir unseren Lesern die Doktor erparen, das ganze
einige Geistesprodukt zu lesen. Wir wollen statt dessen
einige Zeilen über die Tille'schen Ausführungen
lassen, nämlich die „Deutsche Industrie-Corresp.“
von dem Verbande Sächsischer Industrieller. Diese
sind:

„Aus diesen Ausführungen des Herrn Dr. Tille ver-
nehmen einige Sätze auch der weiteren Öffentlichkeit
nicht vorenthalten zu werden. Nach Dr. Tille ist die
genannte Koalitionsfreiheit, die Freiheit, sich zu
vereinigen, um von seinen der gewerkschaftlichen
Arbeitgeber Erpressungen gegen den Unter-
nehmer auszuüben, nur eine Ausnahmebestim-
mung von dem allgemeinen Erpressungsparagrafen
des Strafgesetzbuches, der sonst für das ganze Volk gilt.
In bezug auf das Koalitionsrecht spricht Dr. Tille an
anderer Stelle weiter von dieser Form des Er-
pressens, sich außerhalb des gesetzlichen Wirtschaftslebens
ausserhalb der ersten Verfassung durch Er-
setzung einer Veränderung seiner Einkommensverhält-
nisse zu verschaffen“, und nennt diese eine „Ab-
wanderung“, eine „Absurdität“ und eine „unmoralische Hand-
lung“. Es sei ein großer Fehler des deutschen Unter-
nehmens, daß es sich nicht darauf beschränke, die An-
nahme gehalten habe, daß der Streik unter
den Umständen eine unethische Erscheinung
und eine verwerfliche Form der Er-
pressung gewesen sei.

Dr. Tille sagt dann schliesslich seine Auffassung da-
zu zusammen, daß eine Verletzung, die absichtlich
wirtschaftliche Störungen oder Massenpannen veran-
laßt, eine „Erpresserhand“ darstelle und des-
halb unter die strafgesetzlich unzulässigen Dinge falle.
Wir gehören nicht zu denen, die Herrn Dr. Tille
nehmen; da es aber noch Leute geben soll, die
tun, und da diese Ausführungen in der am-
tlichen Wochenschrift der Handelskammer Saarabien
stehen, so ist es doch vielleicht wünschenswert,
daß an diesen querschnittlichen Darstellungen, welche
Wirtschaftsproduktion zu zeigen, wie sich auch heute noch
manchen Köpfen die Welt malt. Ob der Saar-
abier mit der Verbreitung solcher Ansichten über
Kämpfers gebietet ist, wollen wir dahingestellt sein
lassen.

Wirtschaftliche Bewegung.

**Wespeck sind: Essen (Hieslerleger) Sperre über die
Baumaterialien-Vertriebsgesell-
schaft Lange und Comp., sowie sächsische Ar-
beiter des Zwischenmeisters Sellen, Elm-
plattenleger die Zwischenmeister Sellen, Elbing-
er (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter),
Hessisch (Sperre über Pawlitz) wegen Holzangelegen-
heit, i. Hess. (Sperre für Zimmerer in die Firma Geiger),
a. M. (Sperre über die Betonfirmen Hüter & Comp.,
Schreiber Schömer), Geselle (Streik der Maurer und
Hilfsarbeiter), Argentinien (Streik der Maurer), Döbberitz
über das Hieslerlegergeschäft Josef Müller), Deutsch-
land (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Ortelshausen
(Streik der Maurer). Zugang ist ferngehalten.**

Hamborn. Bereits in der Nr. 20 der „Baugewerks-
schaft“ haben wir auf das tarifmäßige Verhalten der Ham-
börner Unternehmer hingewiesen. Wenn bisher die Ham-
börner Bauarbeiter im Punkte Organisation etwas gleich-
gültig waren, so hat sie das Vorgehen der Unternehmer
gemacht. Dieses zeigte sich vor letzterem Organi-
sationsaufhebung Beschlüssen am 15. Mai, die sich
auf die Stellungnahme gegen das tarifmäßige Verhalten
Unternehmer bezieht. Der große Saal von Eppert
auf den letzten Tag, ein Zeichen, daß
die organisierten Bauarbeiter von ihren erkrankten
Kollegen nichts nehmen zu lassen gewillt sind.

Am 15. Mai hat die Bauarbeiter von Eppert
den der Unternehmer, besonders der organisierten,
den der Kollegen. Nach dem von beiden Bau-
arbeiterverband und sächsischen Bauarbeiter
Verbandsverband, sind folgende Resolutionen
angenommen:
Die am 15. Mai in Hamborn angenommene, dort
die Versammlung der Bauarbeiter Hamborn pro-
klamiert mit Entschiedenheit gegen das tarifmäßige Ver-
halten der Unternehmer der Stadt Hamborn. Die Ver-
sammlung beschließt, auf allen Arbeitstätten sofort
die tarifmäßige Arbeitszeit von zehn Stunden per Arbeit-
tag zu verlangen. Die Resolution der Organisations-

leitungen, bei eventuellem Widerstand der Unternehmer
oder deren Beauftragten, die notwendigen Maßnahmen
zu treffen, um den tarifmäßigen Bestimmungen Anerken-
nung zu verschaffen. Bei notwendig werdenden Arbeits-
einstellungen verpflichten sich alle Anwesenden, den in
Betracht kommenden Kollegen alle notwendige Unter-
stützung zu gewähren.“

Hieran können die Herren Unternehmer am besten
ersehen, daß die Bauarbeiter in Hamborn gelommen
ist, auch vor der letzten Konsequenz nicht zurückzufrieden,
um ihre Rechte zu verteidigen. Die Absicht der Unter-
nehmer in den Schlichtungskommissionen, daß die
Arbeiter eine längere Arbeitszeit wünschen, ist hiermit wohl
genügend widerlegt. Mag es hier und da noch einige solche
rückwärtige Bauarbeiter geben, dann sind es meistens die
Hilfsarbeiter, die eine längere Arbeitszeit wünschen. Das
Gros der Hambörner Bauarbeiter lehnt dieses mit Ent-
schiedenheit ab und steht auf dem Boden des Tarifs.

Die Unternehmer erklärten in der letzten Sitzung
der Schlichtungskommission, den Beweis zu erbringen,
daß 75 Prozent der Hambörner Bauarbeiter länger wie
10 Stunden täglich arbeiten wollen. Wir sind der festen
Ueberzeugung, daß dieser Beweis nicht erbracht werden
wird. Den in der Nr. 20 der „Baugewerkschaft“ veröffent-
lichten Revers zu unterschreiben, wurde überall ge-
schlossen abgelehnt, einige Unternehmer haben ihn
gar nicht erst vorgelegt. Unterschrieben haben nur die
unorganisierten Hilfsarbeiter. Diese werden wir in
Zukunft etwas mehr Beachtung schenken müssen. Erklärte
doch so ein Hilfsarbeiter den Organisationsvertretern,
wenn sie nicht in Ruhe gelassen würden, würden sie eine
eigene Organisation gründen. Den Kollegen von Hamborn
möchten wir zurufen, jetzt, wo alles darauf angelegt wird,
die tariflichen Bestimmungen zu durchsetzen, um bei dem
Tarifabschluss im nächsten Jahre Material gegen die Be-
strebungen der Arbeiter zu haben, um so eifriger für strikte
Durchhaltung des bestehenden Tarifes einzutreten. Aber
auch dafür zu sorgen, daß auch der letzte noch unorgani-
sierte Bauarbeiter der Organisation, dem Zentralverband
sächsischer Bauarbeiter, zugeführt wird. Was uns im
nächsten Jahre blüht, ersehen wir schon aus den jetzigen
Vorgängen. In der Stärke der Organisation muß auch
diesmal die Unternehmervilligkeit stehen.

**Stuttgarter (Stuttgarter). Nach fast endlosen Verhand-
lungen ist unser neuer Tarif nunmehr fertiggestellt, und
wird jedem Kollegen in den nächsten Tagen ein Exemplar
gedruckt zugestellt werden. Bereits vor dem 1. April,
dem Ablaufstermin des alten Vertrages, war eine Ein-
gung in der Lohnfrage erzielt worden. Jedoch die Ver-
handlungen über den Tarifvertrag nahmen viel Zeit in
Anspruch, und es hatte den Anschein, als ob die Prinzipale
es mit dem Abschluß des Vertrages gar nicht so
eilig hätten. Sowohl dem materiellen Inhalt nach, als
auch nach der Zahl der Positionen ist der Tarifvertrag
bedeutend verbessert und ausgebaut worden. Für die
Arbeiten an der Fassade sind Preise in 28 Positionen
und Unterpositionen vereinbart. Im bisherigen Tarif
waren es 14 Positionen. Die Preise für Innen-Stuar-
arbeiten sind in 52 Positionen festgelegt. Auch hier sind
10 weitere Positionen in den jetzigen Tarif neu aufge-
nommen worden. Die hiesige Vereinigung der Stuar-
teuremeister hatte sich inzwischen dem Arbeitgeberverband
für das Staudenwerk von Rheinland-Westfalen ange-
schlossen, und so wurden die Verhandlungen von einem
Vertreter dieses Verbandes aus Düsseldorf geleitet. Das
Bestreben dieses Herrn ging dahin, an Stelle des Tage-
lohnes Stundelöhne einzuführen. Jedoch die Kollegen
hielten an ihrem alten, liebgewordenen Tagelohnsystem
fest, und es ist auch gelungen, daß dasselbe im neuen
Tarif bestehen bleibt. Der Paragraph 2 des Vertrages
lautet:**

„Tagelohn bildet die Regel. Der Mindestlohn beträgt
für Stukkateure und Fassadenputzer vom
1. April bis 31. Dezember 1913 6,80 M., vom 1. Januar
bis 31. März 1914 7 M. Jedoch kommen in der Winter-
arbeitszeit 40 Pf. pro Tag in Abzug.“

Für Werkstättenarbeiter beträgt der Min-
destlohn vom 1. April bis 31. Dezember 1913 6,30 M.
und vom 1. Januar bis 31. März 1914 6,50 M. Jedoch
kommen in der Winterarbeitszeit 40 Pf. pro Tag in
Abzug.

Für Hilfsarbeiter beträgt der Mindestlohn in
der Sommerarbeitszeit 4,75 M. und in der Winterarbeits-
zeit 4,50 M. Die Bergabstimmung, an den Samstag
eine Stunde früher Feierabend und vor den hohen Feier-
tagen zwei Stunden ohne Lohnabzug, gilt auch für die
Hilfsarbeiter.

Arbeitszeit zulässig; ist nichts vereinbart, so ist Tage-
lohn zu vergüten. Wo begründete Zweifel vorhanden
sind, ob der Gehalt des Mindestlohns verdient hat, ent-
scheidet die Kommission unter Berücksichtigung der Ver-
hältnisse.“ — Zum ersten Male wurden die Löhne der
Hilfsarbeiter im neuen Vertrage festgesetzt.

Die Arbeitszeit beträgt wie bisher im Sommer 8½
im Winter 8 Stunden.

Ein Tarifänderer über den 1. April 1913 hinaus-
gehend, wurde von Arbeitgeberseite entschieden abgelehnt.
Die Württemberger Stuarfirmen, die im vorigen Jahre den
besten Tarif anerkannten, haben auch jetzt den neuen
Tarif als für sich verbindlich erklärt. Der neue Ver-
trag bringt den Kollegen mancherlei Vorteile. Aufgabe
der Kollegen ist es, daß derselbe nunmehr überall, auch
selbst in den kleinsten Stukkateurgeschäften, voll und ganz
zur Anerkennung gebracht wird.

**Ortelshausen (Ortelshausen). Hier haben unsere Kollegen seit
dem 18. Mai im Streik. Den Unternehmern war am
22. April ein Tarifvertrag eingereicht worden, der den
Hilfsarbeitern, der Winter unter 40 Pf. betrug, auf 47 Pf.
erhöht werden sollte. Die Unternehmer beantragten
diese Erhöhung damit, daß sie den Stundenlohn um
2 Pf. reduzierten. Das veranlaßte unsere Kollegen, die
Arbeit beschließen niederzulegen. Das beschloß keine Wir-
kung nicht bei den Unternehmern, so etwas war ja in
Ortelshausen bis dahin unvorstellbar. Am folgenden Tage
finden dann Verhandlungen mit den Unternehmern statt,**

die aber zu keinem für die Kollegen annehmbaren Mei-
stat führten, und so wurde beschlossen, weiter zu streiken. Die
Unternehmer geben sich die größte Mühe, suchen in allen
Tageszeiten Maurer, um von auswärtig Arbeits-
willige zu bekommen, bis jetzt ohne Erfolg. Die Kon-
junktur ist eine gute, und wenn die Kollegen den Kampf
so einig und geschlossen weiterführen, wie sie denselben
begonnen, so ist es sicher, daß sie auch Erfolg haben.

**Danabrück (Hieslerleger). Den Hieslerlegern vom
Danabrück ist es gelungen, auf gütlichem Wege einen Ver-
trag mit den Arbeitgebern abzuschließen. Letztere waren
anfangs nicht geneigt, sich auf Verhandlungen einzulassen.
Auf die eingelangte Forderung erging die Antwort, daß
man wegen der schlechten Konjunktur unsern Wünschen
nicht nachkommen könne. Als dann unsererseits nochmals
um Verhandlungen nachgesucht wurde, schied man uns die
Arbeitgeber einen ihrerseits ausgearbeiteten Vertrag mit
bedeutenden Verschlechterungen zu, mit dem Bauwerken,
den Vertrag zu unterschreiben und unverzüglich zurück-
zugeben, damit selbiger in Druck gegeben werden könne.
Dieses Ansinnen lehnten die Hieslerleger mit Entschiedenheit
ab und ersuchten nochmals um mündliche Verhandlung,
worauf die Herren es sich verbat, sie weiter mit der-
artigen Schriftstücken zu belästigen. Nachdem also alle
Versuche, auf gütlichem Wege einen Vertrag zustande zu
bekommen, gescheitert waren, wurde einstimmig beschlossen,
die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß hatte seine
Wirkung nicht verfehlt, denn noch am selbigen Tage
schickten die Arbeitgebe. Nachricht, daß sie nunmehr bereit
seien, zu verhandeln. Auf Grund dessen wurde die Ar-
beitsniederlegung vertagt. Bei den Verhandlungen, die
im Hotel Schaumburg stattfanden, waren sämtliche Firmen
vertreten. Die Bezirksleiter zu den Verhandlungen zu-
zulassen, weigerten sich die Herren ganz entschieden. Auch
lehnten sie die Führung eines Verhandlungsprotokolls ab
mit dem Bemerkten, es solle ja keine eigentliche Verhand-
lung, sondern nur eine Besprechung sein, welche wohl in
einer halben Stunde ihre Erledigung gefunden habe. Nach
fünfständiger Verhandlung waren die einzelnen Punkte
durchberaten, aber eine Einigung kam nicht zustande. Ins-
besondere hielten die Arbeitgeber an einigen Verschlech-
terungen strikte fest, was zur Folge hatte, daß die Ver-
sammlung der Hieslerleger den Vertrag ablehnte und
sich nur dann zur Annahme bereit erklärte, wenn die Ar-
beitgeber von ihrem Vorhaben abließen. Dieses wurde
den Arbeitgebern mitgeteilt, worauf sie sich dann zu-
gunsten der Hieslerleger entschieden haben. Doch hatten
sie es sich nicht verjagen können, noch einen Nachtrag
anzuhängen, welcher lautete: „Die Ausführung dieses
Vertrages ist Vertrauenssache.“ Auch das mußten die
Herren fallen lassen, bevor die Unterschrift erfolgte. Nun-
mehr liegt der Vertrag gedruckt vor und befindet sich
bereits in den Händen der Hieslerleger. Sache der letz-
teren ist nun, daß die getroffenen Vereinbarungen strikte
durchgeführt werden. Denn auch die Umarmungen un-
serer Wünsche nicht entsprechen, so darf doch das Erreichte
nicht unterschätzt werden. Nicht nur die uns zugedachten
Verschlechterungen sind abgewehrt, sondern auch Verbesse-
rungen erzielt. Ist doch der Stundenlohn vom Tage
des Abschlusses um 5 Pf. gestiegen. Auch haben die
Hilfsarbeiter verschiedentlich, wenn auch nur geringe Ver-
besserung erfahren. Und was noch besonders wichtig ist:
Wir haben etwas Bestimmtes, woran beide Teile sich
zu halten haben, was leider in den letzten Jahren fehlte.
Während verschiedene Art hatten sich herausgebildet.
Seit Jahren stand die Mehrzahl der Hieslerleger der Or-
ganisation fern. Die Arbeitgeber pochten auf die Uneinig-
keit ihrer Hieslerleger und richteten zum Teil ihre Maß-
nahmen danach ein. Insbesondere ließ auch die Behand-
lung in einigen Geschäften sehr viel zu wünschen übrig.
Im stillen mögen die Herren gedacht haben: „Ach, wenn
es doch immer so bliebe.“ Die Hieslerleger haben aber mit
der Zeit einsehen gelernt, daß es nicht immer so bleiben
konnte. Unmöglich wäre es uns gewesen, die Verschlech-
terungen abzuwehren, geschweige Verbesserungen zu er-
zielen, wenn wir nicht schon vor der Bewegung mit
wenigen Ausnahmen organisiert gewesen wären. Die Ver-
handlungen hätten einen ganz anderen Anstrich bekommen,
denn das erste ist bei Lohnbewegungen, daß sich die Arbeit-
geber nach den Organisationsverhältnissen ihrer Arbeiter
umsehen. Und als sie einsehen, daß das Resultat
für sie kein günstiges war, blieb ihnen, wenn sie
sich nicht selbst schädigen wollten, nichts weiter übrig,
als sich mit uns zu einigen. Und gestärkt sind wir aus
der Bewegung hervorgegangen; denn heute können wir
sagen: Die Danabrücker Hieslerleger sind bis auf den
letzten Mann organisiert. Und so, Kollegen, soll und muß
es bleiben. Denn die Durchführung des Vertrages be-
dingt ebensoviele eine starke Organisation, als das Zu-
standehalten. Denn wir beim heutigen Abschluß be-
rechtigte Wünsche haben zurückstellen müssen, so sollen
sie nicht für immer zurückgestellt sein. Nach zwei Jahren,
im Jahre 1914, läuft der Vertrag ab und dann wollen
wir mit vereinten Kräften das zu erreichen suchen, was
heute nicht zu erreichen war.**

**Von der Mosel (Verwaltungsstelle Coblenz). Nach
dem im vergangenen Jahre die Bauarbeiter der Mosel
sich dem Zentralverband sächsischer Bauarbeiter ange-
schlossen hatten, richteten sie in diesem Frühjahr Forder-
ungen um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen ein. Sind doch hier an der Mosel bis oberhalb
Kochern solch niedrige Löhne bezahlt worden, wie man
sie wohl nirgends mehr findet. So wurden in den ver-
gangenen Jahren in Kochern Tagelöhne bei elfstündiger
Arbeitszeit von 2,60 bis höchstens 3,90 M. bezahlt, also die
Stunde 24 bis 27 Pf. In der Gegend von Hattenport galt
es 2-3 Pf. die Stunde mehr. Mit den Arbeitgebern,
die sich im Laufe des Winters auch in einer Verhandlung
zusammengeschlossen hatten, um wie sie anführten, bis
unzureichenden Forderungen der Arbeiter abzumachen, kam
es am 2. April zu einer Verhandlung. In dieser Ver-
handlung erklärten die Arbeitgeber, eine Verkürzung der
Arbeitszeit lehnten sie unter allen Umständen ab. Im
Punkte Lohn wurde das Gebiet in zwei Zonen eingeteilt.
Die erste Zone von Mosel bis Carden, die zweite Zone
von Carden bis oberhalb Kochern einschließlich Mosel und**

Präm. für die erste Zone betrug 34 Pf. Stundenlohn und für die zweite Zone 32 Pf. Stundenlohn. Der Vertrag sollte fünf Jahre Gültigkeit haben, und sollte in den fünf Jahren noch ein ganzes Pfennig zugelegt werden. Weil die Arbeiter, die an der Verhandlung teilnahmen, das Angebot nicht annehmen konnten, scheiterte die Verhandlung, und die Arbeitgeber erklärten, nun ihr Angebot zurückzuziehen, und die alten Löhne weiterzubehalten. Eine Versammlung, die am 4. April in Hagenport stattfand, beschloß nun, in der ersten Zone die Arbeit niederzulegen und sich ihre Forderungen zu erläutern. Es legten dem auch sämtliche Kollegen bis auf die unorganisierten die Arbeit nieder. Nach 14 tägigem Kampfe kam es zu einem Vertrag, der in diesem Jahr 35 Pf., nächstes Jahr 36 und 1914 38 Pf. Stundenlohn vorsieht, dann im letzten Jahre eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde. Dann sind auswärtige Arbeiten, sowie Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit durch den Vertrag geregelt. Man hätte nur geglaubt, die Arbeitgeber der zweiten Zone hätten nun eingesehen, da es in der ersten Zone durch Kampf zum Vertrag gekommen war, daß sie den bestehenden Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen müßten, aber weit gefehlt. Sie teilten uns nach einer Bedenkzeit von acht Tagen mit, daß sie gewillt seien, 32 Pf. Stundenlohn für Maurer zu bezahlen, der aber als Höchstlohn gelten sollte. Man wollte sich also noch unten die Bahn frei halten, um möglichst die alten Löhne weiterbezahlen zu können. Tatsächlich haben sie dann auch den Sonnabend so ausbezahlt, und zwar 29, 30, 31 und 32 Pf. die Stunde. Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen 20, 21, 22, 23 und 24 Pf. die Stunde, 24 Pf. hatte aber nur einer bekommen. Die Arbeiter mußten also auch hier zur Arbeitsniederlegung greifen, und es kam dann auch am Montag, den 29. April, zum Streik. Die Kollegen standen hier fest, die Deffentlichkeit stand auf Seiten der Arbeiter, bis auf die Weinbergsgutsbesitzer, denen zuliebe man auch die Arbeitszeit nicht verkürzen wollte. Als dann bekannt wurde, daß am nächsten Montag ein großer Teil der Maurer nach dem Jubelriegegebiet abziehen wollte, suchten die Arbeitgeber am Sonntag, den 5. Mai, um eine Verhandlung nach, wo dann auch ein Vertrag zustande kam. Der Mindestlohn für Maurer wurde auf 33 Pf., der für Zimmerer auf 35 Pf., der der Hilfsarbeiter auf 24 Pf. festgesetzt. Der Lohn steigt dann in den nächsten zwei Jahren bei den Maurern und Zimmerern um 3 Pf. und für Hilfsarbeiter um 4 Pf. die Stunde. Es tritt dann im letzten Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde ein. Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- sowie auswärtige Arbeiten sind geregelt worden.

Die Bauarbeiter der Mosel haben nun eingesehen, was die Organisation vermag. Nachdem man ihnen in den letzten Jahren anstatt der Löhne zu erhöhen, sie herabgesetzt hatte, haben sie in diesem Jahre eine Lohn-erhöhung von 60 Pf. bis zu teilweise 90 Pf. pro Tag bekommen. Mögen sie aber nun auch in Zukunft sorgen, daß die Organisation nicht zerfällt, damit das, was abge-erhalten ist, auch eingehalten wird. Mögen sie sorgen, daß sie immer so gerüstet dastehen, denn hier an der Mosel gibt es noch ein sehr großes Stück Arbeit zu leisten, bis die Löhne auf eine den Lebensverhältnissen angemessene Höhe gebracht sind. Das also jeder seine Pflicht wahrnehme, daß alle Bauarbeiter der Organisation zugeführt werden, damit wir bei dem nächsten Tarifabschluß noch weit größere Vorteile erzwingen können.

Bezirk Breslau.

Frankenstein i. Schl. Im Februar d. J. wurden vom sozialdemokratischen Verbande den Arbeitgebern des Kreises Frankenstein Lohnforderungen eingereicht. Der christliche Verband hatte zu der Zeit wenig Mitglieder am Orte. Er stellte aber ebenfalls, gleich dem sozialdemokratischen Verbande, Forderungen. Die Arbeitgeber setzten nun zum 2. Februar c. eine öffentliche Versammlung fest, wo über die Lohnfrage verhandelt wurde.

Rachdem man nun sah, daß es nicht möglich sei, in einer großen Versammlung einen Vertrag abzuschließen, wurde eine Kommission gewählt, um in einer Sitzung über die Lohnfrage zu verhandeln. Die Arbeitgeber zeigten allerdings in der Lohnfrage nur ein geringes Entgegenkommen, indem sie den Stundenlohn für Maurer auf 35 Pf. und für Zimmerer auf 34 Pf. erhöhen wollten; eine Einigung kam also hier nicht zustande.

Unsere Organisation wandte sich nun nochmals schriftlich an die Herren Arbeitgeber zwecks weiterer Verhandlung. Am 13. März c. teilte uns der Arbeitgeberverband mit, daß am 24. März c. nochmals Verhandlungen sein sollten. In diesen Verhandlungen nahmen außer den Arbeitgebern der Vertreter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, Genosse Bollmann-Breslau, der Vertreter des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, Genosse Goldschmidt-Breslau, und vom christlichen Bauarbeiterverbande Pfeffer-Breslau, sowie von jeder Organisation ein Vertreter der Kollegen, also die Lohnkommission, teil.

Als bei Eröffnung der Sitzung die Arbeitgeber Bollmann vom sozialdemokratischen Bauarbeiter-Verbande befragt, sich zunächst zu der Lohnfrage zu äußern, erklärte dieser, der Kollege Pfeffer vom christlichen Bauarbeiter-Verbande würde seine Meinung erst hierzu äußern. Allerdings kam Kollege Pfeffer dem Wünsche gern nach und begründete die Lohnforderung. Die Genossen hatten dann auch nichts mehr hinzuzufügen. Die Arbeitgeber traten zu einer Beratung zurück, und der Vorsitzende erklärte beim Rückkommen, daß sie nunmehr bereit seien, für Maurer 36 Pf. und für Zimmerer 35 Pf. zu zahlen; für Wartha, Frankenstein, Frankenberg und Umgebung für Maurer und Zimmerer 35 Pf.

Der nun hier zu dem Angebot der Arbeitgeber...

nehmlichkeiten führen, wenn in einem Kreise die Lohnsätze verbleiben festgestellt sind, zumal auch heute in Wartha schon höhere Löhne gezahlt werden. Wir sind der Meinung, daß mindestens der Zimmererlohn den Maurern bis zum Vertragsabschluß gleichgestellt werde, daß andererseits der Unterschied zwischen Wartha und Frankenstein nicht so groß sein darf, und schließlich, daß die Herren Arbeitgeber noch etwas weitere Zugeständnisse machen müssen, um auch für Frankenstein einen Tarifvertrag zustande zu bringen. Die Arbeitgeber erklärten daraufhin, ab 1. Juni noch 1 Pf. für die Zimmerer zuzulegen. Es traten nun die Vertreter der Organisation mit der Lohnkommission zu einer besonderen Besprechung zurück und wurde hier vereinbart, den Herren Arbeitgebern folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

1. Für Frankenstein soll der Lohn für Maurer sofort 38 Pf., ab 1. September 39 Pf., für Zimmerer sofort 37 Pf., ab 1. Juni 38 Pf. und ab 1. September 39 Pf., für Wartha, Frankenberg, Reichenstein sofort 37 Pf., ab 1. September 38 Pf. betragen. Es wurde nunmehr den Herren Arbeitgebern das Resultat unterbreitet. Daß die Arbeitgeber diesem Vorschlage selbstverständlich nicht gleich zustimmten, war erklärlich.

Kollege Pfeffer, der hierzu nochmals das Wort nahm, wies ganz besonders auf die gerechte Verteilung dieser Klassen hin, und es wäre bei längerer Verhandlung zweifelsohne zu einer Einigung gekommen, wobei uns auch die Arbeitgeber noch weitere Zugeständnisse in der Lohnfrage gemacht hätten. Aber die Vertreter der sozialdemokratischen Verbände erklärten, keine Zeit mehr zu haben, sie müßten zur Bahn, um nach Breslau abfahren zu können. Es wurden daraufhin die Verhandlungen vertagt. Dann wurde noch vereinbart, das Angebot der Herren Arbeitgeber den Mitgliedern zu unterbreiten und das Resultat unserer Versammlungen den Arbeitgebern schriftlich mitzuteilen. Pfeffer und Bollmann vereinbarten noch, sich am Mittwoch, den 27. cr., zu treffen, um die Vorschläge für die Versammlung schriftlich auszuarbeiten.

Bollmann ist dann auch zu unserem Verbandsbureau gekommen, Pfeffer hatte aber zu derselben Zeit Termin am Landgericht in Sachen unseres Kollegen Schlichter wegen Vergehens gegen § 153 d. G.D., wo er als Zeuge vernommen wurde (Beweis: Vorladung), konnte also nicht im Bureau sein. Bollmann hatte hinterlassen, nochmals zu kommen oder telephonisch anzurufen, leider ist dies nicht geschehen, er hat auch nichts gesagt, daß er schon abends in der Sache in Frankenstein Versammlung habe. Er ist dann mit dem Zuge 2 Uhr 20 Min. nach Frankenstein gefahren, hat auf den Baustellen unsere Mitglieder noch zu der beschlossenen Abends stattfindenden Versammlung beistellt, und hat dann in der Versammlung über die Verhandlungen Bericht erstattet, soll aber, wie uns die Kollegen bekunden, nichts davon gesagt haben, daß die Lohnkommission vereinbart hat, am 39 Pf. für Maurer und Zimmerer für Frankenstein nördliches Gebiet und 38 Pf. für Maurer und Zimmerer für das südliche Gebiet festzusetzen. Bollmann soll sogar für die Annahme des Angebots der Arbeitgeber, also 38 Pf. für Maurer und 36 Pf. resp. 37 Pf. für Zimmerer, eingetreten sein. Also entgegen der Vereinbarung der Lohnkommission und, man höre und staune, er soll noch dazu gesagt haben: „Wenn ihr es nicht annehmt, wird schließlich der christliche Verband billiger abschließen.“ Dies bestätigte ein Lohnkommissionsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes in unserer Versammlung am 31. März cr. Der christliche Verband beschloß in seiner Versammlung am 31. März cr. folgendes:

1. Der Stundenlohn für Maurer beträgt sofort 38, Pfennig, ab 1. Oktober 39 Pf.;
2. der Stundenlohn für Zimmerer beträgt sofort 36 Pfennig, ab 1. Juni 37 Pf. und ab 1. Oktober 38 Pf.;
3. südlich von Frankenstein, Wartha, Frankenberg, Reichenstein, beträgt der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer je 1 Pf. pro Stunde weniger.

Dieser Beschluß wurde dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes am 1. April cr. mitgeteilt. Was aber ist der sozialdemokratische Verband? Er empfiehlt erstens den Mitgliedern das Angebot der Arbeitgeber, zweitens, als die Mitglieder dem Angebot zustimmten, begaben sich die Vertreter der sozialdemokratischen Verbände am Donnerstag, den 28. März, morgens kurz nach 7 Uhr, schon zu den Herren Arbeitgebern, um den Vertrag abzuschließen, ohne sich vorher mit dem christlichen Verbande, der hier als Kontrahent in Betracht kam, zu verständigen und ohne was von ihrer Beschäftigung in Kenntnis zu setzen, wie es sonst bei solchen Lohnbewegungen in den Arbeiterorganisationen üblich ist. So wird nicht anders ist die Arbeiterschaft in Frankenstein und Umgebung durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Verbände um einen höheren Stundenlohn gebracht worden.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Verbände sind also schuld daran, daß die Frankenstein Arbeiter-schaft den erhöhten Stundenlohn von 38 resp. 39 Pf. nicht erhält. Man sieht die Frankenstein Arbeiter-schaft bei den sozialdemokratischen Verbänden bedauern. Daß es den Herren Arbeitgebern möglich gewesen wäre, einen erhöhten Lohn zu zahlen, ist daraus zu entnehmen, daß bereits am Donnerstag, den 28. März cr., also an demselben Tage, wo morgens die Vertreter der sozialdemokratischen Verbände bei den Arbeitgebern gewesen waren, bereits Beschlossen hatten, von jetzt ab von der Arbeiterschaft für Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 48 Pf. zu verlangen. Hieraus ergibt man schon, die Arbeitgeber verlangen gleiche Löhne für Maurer und Zimmerer, wollen aber der Organisation diese gleichen Löhne nicht zahlen. Sollen also die Arbeitgeber bei weiteren Verhandlungen nur dann die 35 Pf. zugestanden, so konnten...

...aber der Meinung, daß dies das letzte Wort nicht sein kann. Ganz besonders erklärlich es erscheint, den Maurern 2 Pf. Lohn weniger zahlen zu wollen, als den Zimmerern. Dies bedeutet, daß es zu großen Un-

...aber der Meinung, daß dies das letzte Wort nicht sein kann. Ganz besonders erklärlich es erscheint, den Maurern 2 Pf. Lohn weniger zahlen zu wollen, als den Zimmerern. Dies bedeutet, daß es zu großen Un-

...aber der Meinung, daß dies das letzte Wort nicht sein kann. Ganz besonders erklärlich es erscheint, den Maurern 2 Pf. Lohn weniger zahlen zu wollen, als den Zimmerern. Dies bedeutet, daß es zu großen Un-

...aber der Meinung, daß dies das letzte Wort nicht sein kann. Ganz besonders erklärlich es erscheint, den Maurern 2 Pf. Lohn weniger zahlen zu wollen, als den Zimmerern. Dies bedeutet, daß es zu großen Un-

Dieses Treiben der sozialdemokratischen Verbände nicht scharf genug verurteilt werden. Und immer glauben wir noch nicht, daß man tatsächlich im sozialdemokratischen Lager so leicht mit der Interessensvertretung der Arbeiter umspringt, lesen dann aber wirklich in der sozialdemokratischen Zeitung, daß der Vertrag ihrerseits geschlossen ist. Die Genossen, die so leichtfertig ihr Einverständnis gegeben haben, scheinen dies nur halb getan zu haben, um sich bei den dortigen Arbeitgebern als die Besseren hinzustellen.

Vom christlichen Bauarbeiterverbande wurde nun dieses Abzuges der sozialdemokratischen Verbände niemals verjagt, eine Verhandlung anzubahnen. Die Herren Arbeitgeber willigten ein und fand dieselbe am 12. April statt. Auch waren die dortigen Arbeitgeber zu dieser Sitzung erschienen, und auch bei dieser Verhandlung ist es sich heraus, daß es tatsächlich möglich gewesen wäre bei einer nochmaligen Verhandlung mehr zu erreichen. Wenn auch mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Annahmehaltung die Arbeitgeber nun bei dieser Sitzung weitere Zugeständnisse nicht machen konnten, erklärten sie sich doch bereit, bei Erneuerung des Vertrages so die Löhne der Zimmerer mit denen der Maurer gleichzustellen. Immerhin hatte also diese Aussprache Erfolg. Der christliche Verband scheint den Genossen nicht hinderlich zu sein, denn sie hatten bereits bei den Arbeitgebern beantragt, man möchte ihnen gestatten, bei der Regelung der Verträge den christlichen Verband wegzulassen, wahrscheinlich doch nur deshalb, um diese Organisations-totzschneiderei. Allerdings ist das seitens der Herren Arbeitgeber abgelehnt worden, und zwar mit Recht.

Auch die Frankenstein Kollegen haben schon längere eingesehen, daß die Genossen nicht genügend für sie getreten sind. Es sind nun schon 25 Kollegen zu uns übergetreten, also nur so weiter.

Die Kollegen merken, daß der christliche Verband nicht das ist, als was man ihn hinstellt, sondern daß ihre Interessen dort besser vertreten werden, wie bei den Genossen Parochwitz (Bez. Breslau). Vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande wurde über das Baugeschäft in deriger-Ting die Baupresse verhängt, mit der Angabe, seien für die Bau-Hilfsarbeiter die richtigen Löhne nicht gezahlt worden. Da unsere Mitglieder die Parochwitz nicht eingestuft hatten, versuchte man sozialdemokratischen, unsere Mitglieder als Streikbrecher zu zeichnen.

Nachdem Kollege Pfeffer mit dem Bauleiter Hoes vom sozialdemokratischen Verbande eine Aussprache gehabt hatte, wurden zwei Kollegen beauftragt, und zu Kollege Gottschall unsererseits und Kollege Jünische vom sozialdemokratischen Verbande andererseits, die Sache zu untersuchen, ebenso der Vorsitzende der zuständigen Gruppe des sozialdemokratischen Verbandes.

Es wurde im Bureau des Herrn Maurer- und Zimmermeisters Rübiger-Ting an Hand der Lohnlisten festgestellt, daß der Grund nicht in Lohnbifferenzen, wie seitens des sozialdemokratischen Verbandes behauptet wird, zu suchen ist.

Hierzu erklärte der Vertreter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, daß nach Lage der Sache an seine Organisation mit dem Vorgehen der Ortsgruppe nicht einverstanden sei. Es muß unter diesen Umständen die Sperre aufgehoben und morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Der Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes stellt am Schlusse noch fest, daß durch die Nichtbeteiligung des christlichen Bauarbeiterverbandes dieser den allrichtigen und vordruckschriftmäßigen Weg gegangen sei, daß den christlichen Verband sowie dessen Mitglieder Vorwurf des Streikbruchs nicht treffen kann.

Der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes dem nicht mehr hinzuzufügen. Wie also hier festgestellt wurde, ist hier die Sperre zu Unrecht verhängt worden und ist selbst die Leitung der eigenen Organisation nicht richtig informiert. Es soll also in Zukunft mit dem Vorwurf des Streikbruchs etwas vorsichtiger sein.

Damslau/Kreuzburg. In dem hiesigen Vertrag gebiet seitens der Firma Bientol aus Wallendorf mehreren Orten Arbeit ausgeführt, wo die Kollegen den richtigen Vertragslohn nicht erhalten. Die Bezirksleitung hat sämtliche Baustellen der Firma aufgesucht und ist festgestellt worden, daß an einer ganzen Reihe von Baustellen besonders da, wo sich noch unorganisierte Kollegen befinden, der Vertrag seitens der Firma nicht eingehalten wird. Auch glauben einige Postiere, daß für sie der Vertrag mit der festgelegten Arbeitszeit nicht bestanden und verlangen von den Kollegen, länger zu arbeiten. Die Organisation sieht sich, nachdem alle friedlichen Schritte, die Angelegenheit zu regeln, gescheitert sind, genötigt, über die Firma Bientol die Sperre zu verhängen. Mögen die Kollegen nun mit dazu beitragen, daß auch die Firma Bientol, wie alle anderen, den festgelegten Vertrag einhält, zumal sich ein Teil der anderen Arbeiter schon beschwert hat, daß die Firma Bientol im Vertrag gebiet sich nicht an den Vertrag halte.

Auch im Vertragsgebiet Dels scheint es die Firma Grund mit dem Tarifvertrag nicht so genau zu nehmen und mögen die Kollegen in Zukunft etwas besser auf die Posten sein, damit derartige Uebergriffe von dem Vertrages nicht wieder vorkommen.

Das gleiche trifft bei der Firma Brandt in Kraus bei Bernstadt zu. Unsere Bernstädter Kollegen haben öfters Klage führen müssen und wird es Zeit sein, daß die Unorganisierten, die sich noch bei der Firma Brandt befinden, halb der Organisation zugeführt werden. Es können auch dann derartige Mißstände beseitigt werden.

Im Vertragsgebiet Landeshut ist es die Firma Wern aus Wittgenborf, die es ebenfalls mit den tarifvertraglichen Bestimmungen nicht so genau nimmt. Unsere hiesigen Einschiebungen hatten wenig Erfolg und wird den dortigen Kollegen, falls die Firma die Vertragsbestimm-

gen nicht einhält, kein anderer Weg übrig bleiben, als über die Firma Moesner die Sperre zu verhängen, denn die Organisation kann nicht zugeben, daß in den festgesetzten Grenzen des Tarifgebietes sich Arbeitgeber befinden, die die Vertragsbestimmungen nicht einhalten.

Grottkau-Falkenberg. Nachdem sich in den hiesigen Orten die Kollegen unserer Organisation angeschlossen haben, ist diesseits eine Eingabe an die Arbeitgeber gerichtet worden zwecks Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeber haben bereits eine zugehörige Antwort an die Organisation ergehen lassen und ist Aussicht vorhanden, auch hier einen Tarifvertrag zu vereinbaren. Mögen die Kollegen von Grottkau-Falkenberg noch eifrig an dem Ausbau der Organisation arbeiten, denn gerade hier liegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch sehr darunter, und ist der Zusammenschluß unserer Kollegen überaus erforderlich. Bei einigermaßen Mitarbeit unserer organisierten Kollegen dürfte es bald möglich sein, die der Organisation Fernstehenden zu gewinnen.

Bezirk Münster.

Haren (Ems). Der hier bestehende Tarifvertrag hatte am 31. März sein Ende erreicht. Schon im Winter war den Unternehmern unsere Forderung, 6 Pf. Lohnerhöhung, eingereicht worden. Es fanden dann mehrere teilweise recht schwierige Verhandlungen statt, doch erreichten wir unser Ziel auf friedlichem Wege. Es wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, welcher bis 1914 Gültigkeit hat. Der Stundenlohn wurde um 6 Pf. die Stunde erhöht. Somit zeitigte diese Bewegung für uns einen sehr guten Erfolg, wodurch aufs neue bewiesen ist, daß unsere Organisation für uns unentbehrlich ist, und weil die Haren Kollegen dieses genau wissen, so sind sie nicht nur selbst treue Mitglieder derselben, sondern sorgen alle redlich dafür, daß in ihrem Tätigkeitsgebiet die Sumpfpflanze des Indifferentismus unter den Bauarbeitern keinen Boden gewinnt.

Behta. Auch hier ist die Lohnbewegung erlebte, allerdings in einem anderen Sinne, wie die Unternehmer sich dieses vorher ausgerechnet hatten. Nachdem die Zimmerer und Plafarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, beschloßen die Unternehmer, auch die organisierten Maurer und Hilfsarbeiter auszusperrn. Damit glaubten sie einen Druck auf die Zimmerer ausüben zu können, damit diese so wieder ohne Erfolg die Arbeit aufnehmen würden. Gleichzeitig hatten sie unsere Vertrauensmänner entlassen und ausgestreut, daß sie nicht wieder eingestellt würden, auch lehnten sie die Zulassung des Bezirksleiters zu den Verhandlungen ab. Doch auch diese Maßnahmen vermochten nicht die Kollegen einzuschüchtern, im Gegenteil, als die organisierten Maurer und Hilfsarbeiter ausgetreten wurden, legten sofort auch alle unorganisierten Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder und schlossen sich unserem Verbande an. Ferner unterbreiteten sie den Unternehmern eine Lohnforderung von 5 Pf. die Stunde als Antwort auf dieses Vorgehen. Verhandlungen lehnten die Unternehmer ab. Darauf reiste ein Teil der Kollegen ab, ein anderer Teil fand in der Nähe von Behta Arbeit. Nachdem der Kampf eine Woche gedauert hatte, kamen Verhandlungen zustande, die mit dem Abschluß eines Tarifes bis 1914 endigten, sowie mit einer Lohnerhöhung von 4 Pf., und zwar 1 Pf. bei der Aufnahme der Arbeit, 1 Pf. ab 1. August und 2 Pf. ab 1. April 1913. Unter Berücksichtigung, daß die größte Mehrzahl der Kollegen erst einige Wochen dem Verbande angehören, bedeutet dieses einen sehr schönen Erfolg, besonders wenn in Betracht gezogen wird, daß die Unternehmer absolut die Herrübernahme unseres Verbandes erreichen, sowie keineswegs einen Tarifvertrag abschließen wollten. Nun gilt es für die Behter Kollegen, nicht nur selbst treue Mitglieder des Verbandes zu bleiben, sondern auch dafür zu sorgen, daß restlos alle noch unorganisierten Bauarbeiter unserem Verbande zugeführt werden, denn nur dann besteht die Gewähr, daß der Tarifvertrag innegehalten wird und der Erfolg ein dauernder ist. Drum, Kollegen, stich an die Arbeit!

Zentralschiedsgericht.

Nach längerer Pause sollte das Zentralschiedsgericht am 13. Mai zu einer Sitzung zusammentreten, um in einer Anzahl vorliegender Streitfragen eine Entscheidung zu fällen. Vor den Unparteiischen, welche bekanntlich durch Wahl der Herren Magistratsrat v. Schulz-Berlin und beigeordneten Rath-Effen auf fünf Herren vermehrt wurden, waren erschienen die Herren Dr. Freyner, Woelbling, Schulz und Rath. Herr Oberregierungsrat Mahr war wegen dem in Bayern eingetretenen Hochwasser dienstlich verhindert. Von der Parteien waren die Vertreter des Arbeitgeberverbandes und unseres Verbandes anwesend, während die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes nicht erschienen waren.

Herr v. Schulz teilte mit, daß die Vertreter des Zimmererverbandes ihm mitgeteilt hätten, daß sie an den Sitzungen in Aussicht genommenen Tagen wie für den ganzen Monat Mai geschäftlich verhindert seien, und daß die Vertreter des Bauarbeiterverbandes daraufhin ebenfalls erklärt hätten, nun nicht an der Sitzung teilnehmen zu können. Die Sitzung wurde denn auch nach dem 10. Juni als nächster Sitzungstag festgelegt war, aber geschlossen.

Wir wollen für heute nicht untersuchen, wer die Schuld den unliebsamen Vorkommnissen trägt, jedenfalls aber ist es im Interesse der Parteien und des Zentralschiedsgerichtes, dafür Sorge zu tragen, daß solche Dinge sich nicht wiederholen.

Jahresbericht des Bezirks München.

Das Jahr 1911 ist in der Zeiten Schöpfung überschrieben. Die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen haben sich nicht allseits erfüllt, so daß die im letzten Jahresbericht in den Vordergrund gestellte Zukunftsaufgabe, Neuland für unseren Verband zu erschließen, nur bedingt erfüllt worden ist. Die Ursachen, daß es so kam, sind vielfache. So war im letzten Jahre das Ringen für unsere gewerkschaftliche Bewegung vielfach von Vorgängen nichtgewerkschaftlichen Charakters beeinflusst, die es notwendig machten, noch mehr als sonst die prinzipiellen Unterchiedsmerkmale in der deutschen Arbeiterbewegung in Versammlungen der bestehenden Ortsgruppen zu behandeln. Die Baukonjunktur hat sich in vielen Orten auch nicht so entwickelt, wie man es beim Jahresbeginn vielfach annahm.

Die anhaltende Dürre des letzten Sommers, die vielerorts eine schlechte Ernte brachte, wodurch die meisten, vornehmlich vegetarischen Lebensmittel starke Preissteigerungen erfuhr, hatte außerdem zur Folge, daß in ländlichen Gebieten, wo die Landwirtschaft fast ausschließlich der Auftraggeber für das Baugewerbe ist, manches geplante Bauobjekt nicht zur Ausführung kam. Die in diesen Gebieten vorhandenen Bauarbeiter hatten infolgedessen nur schwache Arbeitsgelegenheit und vermehrten so den Zuzug nach Orten mit guter Baukonjunktur, besonders nach München, ganz bedeutend.

München hatte 1911 eine flotte Baukonjunktur. Dieselbe war in diesem Jahrhundert nur noch im Jahre 1900 ähnlich so. Die allseits bekannte gute Bautätigkeit, der „hohe“ Lohn in Bayerns Hauptstadt und die bereits erwähnte geringe Bautätigkeit auf dem Lande, hat eine Unmenge von Bauarbeitern nach München gelockt. Besonders stark war der Zuzug im Herbst, so daß das Angebot von Bauarbeitern stärker wurde als die Nachfrage nach solchen. Dadurch sind viele Bauarbeiter, die nach München gezogen, in ihren Hoffnungen, lohnenden Verdienst zu bekommen, stark enttäuscht worden, indem sie wochenlang vergeblich nach Arbeit umschau hielten, und dann wieder abreisen mußten. Zu diesem beklagenswerten Zustand, der auch dem Staatsministerium des Innern Veranlassung gab, offiziös in der Presse vor weiterem Zuzug von Bauarbeitern nach München zu warnen, hat die im Münchner Baugewerbe seit einigen Jahren übliche Affordarbeit viel beigetragen. Nach dem Bericht der Losfallbaukommission sind 1911 663 Neubauten mit 713 (im Vorjahre 322) Einzelgebäuden entstanden. Die in 1911 überbaute Fläche beträgt 225 010 Quadratmeter, gegenüber 82 080 Quadratmeter im Jahre 1910. Der Zugang von Wohnungen beziffert sich auf 4841; davon sind 152 Einzimmer-, 1571 Zweizimmer- und 1488 Dreizimmerwohnungen. Besitzveränderungen bebauter und nummerierter Anwesen vollzogen sich 1219 (1910: 1377), wobei sich der Gesamtverlust auf 83,87 (1910: 89,07) Millionen Mark belief. Bei den unbebauten Liegenschaften betragen die Besitzveränderungen 942 (1910: 797), mit einem Gesamtverlust von 32,75 (1910: 29,53) Millionen Mark. Die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen ist immer noch geringer, als der allgemeine Durchschnitt, so daß noch viel geschehen muß, um die Wohnverhältnisse des kleinen Mannes normal zu gestalten. Die flotte Bautätigkeit birgt aber auch schwere Schattenseiten. Im letzten Jahre und auch heuer wieder, mußten viele in Ausführung begriffene Bauobjekte oft auf längere Zeit eingestellt werden, wobei meistens die Ursache in der leidigen Frage: zweite Hypotheken, zu suchen war. Dieser unhaltbare Zustand, der schon viele selbständige Existenzen ruiniert hat und vielen Bauarbeitern die Arbeitsgelegenheit stürzte, beschäftigt ja allerorts die Behörden und sonstigen Bauinteressenten. Derselbe scheint jetzt für München durch Schaffung einer städtischen Vermittlungsstelle für zweite Hypotheken in etwas behoben zu werden. Das im Berichtsjahre errichtete städtische Wohnungsamt, welches in kurzen Zwischenräumen den Wohnungsmarkt öffentlich registriert, erweist sich als ein ziemlich zuverlässiger Regulator des Wohnungsbauwesens. Dadurch ist die Gefahr des Ueberflürzen im Baugewerbe, verbunden mit schweren Rückschlägen, wie sie im letzten Jahrzehnt vorkamen, doch in etwas behoben. Die Bautätigkeit vertritt für 1912 wieder gut zu sein. Ob dieselbe allerdings den Stand von 1911 erreichen wird, ist noch sehr fraglich.

Augsburg bot ebenfalls reichliche Beschäftigung im Baugewerbe. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres fanden bei den bereits 1910 begonnenen Lehnserbauten Hunderte von ungelerten Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit. Auch im Hochbaugewerbe war der Beschäftigungsgrad ein sehr günstiger. Nach den Berichten der Ortskrankenkasse für Hochbau betrug die Zahl der Pflichtmitglieder im Jahre 1911 am 1. April 3903 (1910: 2656), am 1. Juli 4326 (1910: 2724), am 1. Oktober 4269 (1910: 3499) und am 31. Dezember 3174 (1910: 2792). Die Wohnungsnot, die in Augsburg seit Jahren ganz bedenkliche Seiten aufweist, hat sich im letzten Jahre etwas gebessert, ist aber noch lange nicht das, was man als Normalzustand bezeichnen könnte. Nach den Veröffentlichungen des Amtsblattes für die Stadt Augsburg haben am 25. März 1909 105 oder 0,44 Prozent, am 29. März 1910 103 oder 0,43 Prozent, am 30. März 1911 222 oder 0,76 Prozent und am 30. September 1911 440 oder 1,46 Prozent Wohnungen leer gestanden. Diese „wesentliche Besserung“, wie das Amtsblatt meint, liegt hauptsächlich in der am 1. Januar 1911 erfolgten Umverteilung der Orte Oberhausen, Pferssee und Siebenbrunn, die einen größeren Prozentsatz von leerstehenden Wohnungen mitbrachten, als Augsburg hatte und jetzt noch hat. In dem benachbarten Lechhausen sind ebenfalls die Wohnungsverhältnisse seit Jahren recht ungünstig. Ende 1911 waren im ganzen 4476 Wohnungen vorhanden, von denen 49 Wohnungen, darunter 13 mit drei Zimmern und 26 mit vier Zimmern, oder 1 Prozent

leer standen. Neben der Wohnungsnot sind auch noch vielfache hygienische und feuerpolizeiliche Wohnungsmängel vorhanden. Nach den bisher gewordenen Mitteilungen wird auch im Jahre 1912 die Bautätigkeit in Augsburg und Umgebung wieder günstig sein.

In Regensburg war zu Anfang des Berichtsjahres die Baukonjunktur im Baugewerbe ziemlich flau, die sich dann im Sommer noch etwas besserte, so daß sie als eine mittlere Baukonjunktur bezeichnet werden kann. Nach den Berichten des Stadtbauamtes sind 1911 62 Wohnhäuser und vier andere größere Bauten neugebaut, 24 Wohnhäuser und fünf größere Gebäude umgebaut und 74 sonstige bauliche Änderungen vorgenommen worden. Kanalbauten wurden in laufenden Metern hergestellt: 29,64 Meter gemauerte Kanäle und 2080 Meter Rohrkanäle. Da auch in Regensburg ein starker Mangel an Kleinwohnungen besteht, so sah sich der Magistrat veranlaßt, auf eigene Kosten ein Wohnhaus mit 14 Wohnungen (zu je 2 Zimmern, Küche und Klosett) herzustellen; zwei weitere Häuser mit je 7 solcher Wohnungen sind im Entstehen begriffen. Im Jahre 1911 sind im Stadtbezirk Regensburg 283 Wohnungen, davon 128 mit drei oder weniger Räumen, neugebaut worden. Trotz des vorherrschenden Wohnungsmangels ist keine allzu günstige Aussicht für eine gute Baukonjunktur in 1912 vorhanden.

Eine mittelmäßige Baukonjunktur war in Ingolstadt, Altdorf, Burghausen, Starnberg und Umgegend, Kaufbeuren, Memmingen und zu Anfang des Jahres in Wilsbiburg.

In Memmingen war die Bautätigkeit ebenfalls eine gute.

Dagegen hatten Passau und Landshut fast das ganze Jahr eine schlechte Bautätigkeit.

Lohnbewegungen wurden insgesamt sechs geführt. Unsere Verwaltungsstelle Wilsbiburg hatte den Ende 1908 abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt. Zur Erneuerung desselben fanden am 5. März 1911 Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungsrates Selmeier statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Es kam ein Tarifvertrag zustande, der für Maurer und Zimmerer in 1911 36 Pf., 1912 38 Pf. und 1913 40 Pf., und für Bauhilfsarbeiter in den gleichen Zeiträumen 31, 33 und 34 Pf. pro Stunde vorsieht, und bis zum 31. März 1914 Gültigkeit hat. Im Jahre 1910 betrug der Lohn für Maurer und Zimmerer 32 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 28 Pf. Der Erfolg bei den letzten Verhandlungen ist zumeist der von unserer Lohnkommission eingehaltenen Taktik zu verdanken. Dieselbe hätte bei Ende der Verhandlung der Gauleiter vom „freien“ Zimmererverbände zu durchkreuzen versucht, indem er den Arbeitgebern Zeit lassen wollte zwecks der Unterzeichnung des Tarifvertrages. Wenn ihm dies gelungen, so wäre sehr wahrscheinlich der ganze Erfolg in Frage gestellt gewesen. Da wir aber darauf drangen, daß der Vertrag sogleich unterzeichnet wurde, selbst auf die Gefahr hin, daß wir die Demokratie in etwas verletzten, und der Regierungsrat Selmeier dem beistimmte, so blieb den Wilsbiburger Bauarbeitern der Erfolg der Verhandlungen ohne weitere Nachteile erhalten.

In Dachau haben wir mit dem Bauunternehmer Reichl den gleichen Vertrag abgeschlossen, wie der sozialdemokratische Bauarbeiterverband. Der Stundenlohn beträgt für Maurer 1911 53 Pf., für 1912 55 Pf. und für Bauhilfsarbeiter je 10 Pf. weniger. Der Vertrag läuft bis 31. März 1913.

Die im Februar 1911 begründete Verwaltungsstelle Altdorf mußte schon im April zu der vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband erfolgten Tarifkündigung Stellung nehmen. Anfang Mai fanden deswegen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Vorstandes vom Bezirksamt Altdorf statt, die aber zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Da eigentlich nur der Neubauer St. Annastirche zu den dringlichen Arbeiten zählte, so ist auch die erfolgte Arbeitsniederlegung auf dieses Bauobjekt beschränkt geblieben. Hierbei stellte sich aber so gleich die Gefahr des Arbeitswilligenszugewesens heraus, so daß Beschleunigung von weiteren Einigungsversuchen durchaus am Platze war. Andernfalls stand der gewollte Erfolg sehr im Zweifel. Dieser besseren Einsicht verschloß sich auch der Gauleiter Hartl des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes nicht. Nur konnte derselbe auf Grund des sozialdemokratischen Programmsatzes: Religion ist Privatsache, den erfolgversprechendsten Vermittlungsmeg. ber in diesem Falle über die Klosterporte führte, selbst nicht gut einschlagen. Somit blieb unserer Lohnkommission die Vollführung dieser Mission übrig, obwohl wir nur einige Mitglieder bei dem partiellen Streit beauftragt hatten. Dieselbe führte nach einigen Versuchen zum gewollten Ziel, das auch von den „Genossen“, die darüber sichtlich erfreut waren, ohne weiteres angenommen wurde. Der so zusammengebrachte Tarifvertrag, der für das ganze Baugewerbe Altdorf Gültigkeit hat, sieht für Maurer einen Stundenlohn von 38 Pf. für 1911, für 1912 einen solchen von 39 Pf. und für 1913 40 Pf. vor. Der Tarifvertrag hat bis zum 1. Mai 1914 Gültigkeit.

In Neuburg, wo Ende 1910 eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes entstand, kam es im Mai ebenfalls zu einer Lohnbewegung für die Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die von unserer Lohnkommission bei der Einreichung der Tarifvorlage erbetene Antwort von den Unternehmern blieb aus. Daraufhin sind mündliche Verhandlungen eingeleitet worden, die für die Maurer einen viel Schmeierlicheren zum Ziele führten. Um so mehr ließen sich die Arbeitgeber gegen die Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter in den Tarifvertrag zur Wehr. Nach se. eintägigen Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern waren auch deren Vorurteile gegen die Bauhilfsarbeiter soweit beseitigt, daß dieselben mit in das Vertragsverhältnis einbezogen werden konnten. Der tarifliche Stundenlohn beträgt für Maurer 1911 48 Pf., 1912 49 Pf., 1913 50 Pf.; für die Bauhilfsarbeiter beträgt derselbe 35, 36 und 37 Pf. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. März 1914.

Mitte Juni war in Burgheim eine ziemlich gute... Die unternehmerische Tätigkeit in der Höhe...

Bereits im letzten Jahresbericht war die Rede von... Der Kampf um den Achtstundentag in Langweid bei Augsburg...

Der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarifvertrag... Die für die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910...

Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910... Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910...

Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910... Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910...

Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910... Die Bauhilfsarbeiter in Kaufbeuren Ende 1910...

1909, des dritten Quartals 1907 und des vierten Quartals 1908... Der verhältnismäßig starke Rückgang im vierten Quartal...

Neu gegründet wurden: Miltötting, Buchloe, Krumbach... Landsberg, Lindshut und Weiskirchen... Aufgeführt haben sich die Zehntelstellen: Erding, Kiefersteden und Krumbach.

Die Verwaltungsjahre Donauwörth, die bis 1. Juli 1911 zum Bezirk Nürnberg gehörte, kam zum Bezirk... Dagegen ist die Verwaltungsjahre Eichstätt dem Bezirk Nürnberg angegliedert worden.

Im Berichtsjahre sind im Bezirk München 1912 Neuaufnahmen und Übertritte für unseren Verband gemacht worden, denen 1101 Austritte gegenüberstehen.

Der Beitragssatz für 1911 im Bezirk verläuft: 114 Stück zu 35 Pf., 2869 Stück zu 40 Pf., 2539 Stück zu 45 Pf., 5071 Stück zu 50 Pf., 10 551 Stück zu 55 Pf., 12 554 Stück zu 60 Pf., 2681 Stück zu 65 Pf., 4031 Stück zu 70 Pf., 1623 Stück zu 75 Pf., 2092 Stück zu 80 Pf., und 172 Stück zu 85 Pf. Lokalfondsarbeiten zu 10 Pf., 4336 Stück zu 20 Pf., 3131 Stück, 681 Stück Kartellmarken zu 10 Pf. und 1302 Stück Zirkelmarken zu 1 M. Die Einnahmen aus den wöchentlichen Beiträgen betragen für 1911: 26 241,80 M gegenüber 19 261,75 M im Jahre 1910.

Der Bezirksleiter nahm teil an 79 Mitgliederversammlungen, 26 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 18 Parteipräsidien, 12 Kartellsitzungen und 51 sonstigen Versammlungen und Sitzungen. Rassen- und Rassenbücher-Revisitionen, die vielfach mit der Anfertigung der Zahlstellen-Quartalsabrechnungen verbunden wurden, sind 29 mal vorgenommen worden.

Die Lohnbewegungen bzw. Tarifverhandlungen und Lohnkämpfe erforderten 35 Sitzungen mit den Arbeitgebern, 18 Lohnkommissionsitzungen, 10 Untersuchungen bei Lohnkämpfen und 16 Sitzungen in den Schlichtungs- und Einigungsinstanzen.

Die Vorbereitung zu der 8. Verbands-Generalsammlung nahm im August und September dem Bezirksleiter ziemlich Zeit weg. Noch mehr als dieses nahm die Vorbereitung und das Refusieren der am 8. Oktober abgehaltenen bayerischen Bauarbeiter-Konferenz den Bezirksleiter in Anspruch.

Die Korrespondenz für 1911 im Bezirksbureau gestaltete sich folgendermaßen: Posteingang: Telegramme 4, Briefe 357, Karten 195, Druckfachen 160, Pakete 11, Postanweisungen 45; Postausgang: Telegramme 11, Briefe 495, Karten 156, Druckfachen 311, Pakete 12, Postanweisungen 11.

Die wöchentlichen Ein- und Ausläufe von den Gewerkschaftsorganen usw. sind im Vorstehenden nicht enthalten. Nach auswärts sind neun Telefongespräche gemacht worden. Die Ortsgruppen und die eingelassenen auswärtigen Telefongespräche wurden nicht registriert.

Nach den Publikationen des Deutschen Arbeiterbundes f. d. B. waren im südbayerischen Bezirk im Jahre 1908 17 Bezirks- bzw. Ortsverbände mit 1329 Mitgliedern; zu Anfang des Jahres 1911 17 Ortsgruppen vom Arbeitgeberverband f. d. B. mit 1106 Mitgliedern. Während dieser Zeit haben sich die Arbeitgeberverbände in Wilsdorf a. F. und Abensberg aufgelöst oder sind ausgegliedert, und die Verbände der Arbeitgeber f. d. B. in Füssen, Garmisch und Freising haben sich neu gebildet. Die Mitgliederzahl der Bauarbeitgeberorganisationen in Südbayern ist demnach von 1908 bis 1911 um 223 zurückgegangen; davon entfällt fast die Hälfte allein auf den Münchener Arbeitgeberverband. Aus diesen Rückgang, der demnach die Zahl der Bauarbeitgeberorganisationen in Südbayern auf 17 herabzusetzen würde, ist die Abnahme der Mitgliederzahl zu erklären. Eine Verminderung der Aktionskraft im Arbeitgeberlager zu ziehen, wäre durchaus verfehlt. Vielmehr ist das Gegenteil anzunehmen. Die Austritte aus dem Arbeitgeberverbanden rekrutierten sich, soweit wir unterrichten sind und auch beobachten können, meistens aus kleineren Bauunternehmern und auch solchen Unternehmungen, die eigentlich nicht allzuweit mit dem engeren Baugewerbe zu tun haben.

Zu Anfang des Jahres 1912 hat sich in Bayern ein weiterer Zweig im Range der Arbeitgeberorganisationen gebildet, der Landesverband Bayerischer Bauingenieure. Dieser Zweig hat sich gegenüber 1910 vergrößert, indem während desselben von 1910 bei jeder Gelegenheit den Bauingenieuren Zutritt in den Arbeitgeberverband, somit ist nur die Einheit eine andere. Dasselbe zielt aber zweifelslos darauf ab, den Nachbereich der organisierten Bauingenieure zu prüfen und ihnen manche Einrichtungen (Zustimmungsgesetze usw.) auf geprüfter Grundlage zu ermöglichen, die denselben als Arbeitgeberverband vorzuziehen sind. Spruch haben wir alle Bewilligung dieser Neubildung im Unternehmerlager ein warmes Wort zu senden.

Das Verhältnis zu den professionellen Arbeitgebern ist das gleiche wie in den Vorjahren. Aber liegt es mit dem Verhältnis zu den Genossen? Dasselbe hat sich gegenüber 1910 vergrößert, indem während desselben von 1910 bei jeder Gelegenheit den Bauingenieuren Zutritt in den Arbeitgeberverband, somit ist nur die Einheit eine andere. Dasselbe zielt aber zweifelslos darauf ab, den Nachbereich der organisierten Bauingenieure zu prüfen und ihnen manche Einrichtungen (Zustimmungsgesetze usw.) auf geprüfter Grundlage zu ermöglichen, die denselben als Arbeitgeberverband vorzuziehen sind. Spruch haben wir alle Bewilligung dieser Neubildung im Unternehmerlager ein warmes Wort zu senden.

Bei einem nachmaligen Austausch auf die gewerkschaftliche Arbeit haben wir den Vorstand und Vertrauensleute... Der Vertrauensmann immer auf dem Bau...

gefallen, daß der und dort mehr hätte geschehen können und auch hätte geschehen müssen; dabei muß aber die Arbeit vieler Kollegen für den Verband ebenfalls anerkannt werden.

Unsere nächste Aufgabe muß sein, daß im Jahre 1912 Übernommene zu erhalten und neue Mitglieder und Zahlstellen zu gewinnen. Merkurs ist aber auch dafür einzustehen, daß die statutarischen Beiträge bezahlt werden. Denn wir stehen am Vorabend einer großen Bewegung, die darf uns nicht ungerührt überfallen. Deshalb verdoppelt Anspannung unserer agitatorischen und organisatorischen Kräfte für und durch den christlichen Bauarbeiterverband. Das wolle Gott.

Hans Brändner, Bezirksleiter, München, Bayerstr. 25 II.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Seite ein ca. zwölffingervereines Rand freilassen für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 26. Mai, der dreizehnte Wochenbeitrag fällig ist.

An die Bauarbeiterschaft von Rheide i. Westf.

Die Gutmütigkeit der hiesigen Bauarbeiterschaft haben die hiesigen Unternehmer wieder einmal auszunutzen verstanden. Dank der Interessenlosigkeit eines großen Teiles der Bauarbeiterschaft haben die Arbeitgeber sich schon seit Jahren über die tariflichen Bestimmungen, insbesondere der Lohnhöhe, hinweggesetzt, so daß man bei dem letzten Tarifabschluß dieses Lohngebietes aus dem Vertrage ausschalten mußte. Da sich aber die Lebensbedingungen auch für die Rheider Bauarbeiter immer teurer gestalten, die Einnahmen sich aber nicht erhöhten, wurden auch die Kollegen zum Nachdenken veranlaßt. Und siehe da, man erinnerte sich aus verflochtenen Zeiten, daß es eine Vereinbarung der Berufskollegen (der christliche Bauarbeiterverband), gebe, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, auf möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Man hatte um so mehr Veranlassung, sich des Verbandes zu erinnern, als in dem Nachbarorte Völkhol, wo tarifliche Verhältnisse bestehen, ab 1. April d. J. ein Stundenlohn von 52 Pf. gezahlt wurde, während man in Rheide für 40 Pf. arbeiten mußte.

Nachdem sich die Kollegen nun in der Mehrzahl dem Verbandsangehörigen, wünschten sie eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeigeführt. Seitens der Leitung des Verbandes wurde den Arbeitgebern ein Vertragsentwurf unterbreitet und erging an sie eine Einladung zur Verhandlung zwecks Abschluß eines Tarifs. Es war wirklich erstauenswert, welche Wirkungen dieses Vorgehen erzielte. Die Arbeitgeber, die jahrelang zehn und mehr Pfennige weniger zahlten, als im Nachbarort Völkhol, erwiderten nach Empfang des Vertragsentwurfs aus einmal ihr soziales Herz und erklärten der verbündeten Arbeiterschaft, daß sie sofort 5 Pf. pro Stunde mehr zahlen würden. Ja, wenn der Verband keine Eingabe gemacht hätte, würden sie sogar 7 Pf. mehr gegeben haben. Und nun sage noch einer, daß die Rheider Arbeitgeber kein soziales Verständnis hätten für ihre Arbeiter. Jahrelang hat man die Arbeiter mit dem lächerlichen Lohn ausgezahlt, hat man wärrige Arbeiter ausgeführt, wo die Leute stundenweit Wege zurücklegen mußten, ohne nur die dazu notwendige Zeit vergütet zu erhalten, und jetzt hätte man den Stundenlohn gleich um 7 Pf. erhöht, wenn nur der Verband nicht dazwischen gekommen wäre. Wer es glaubt, zählt einen Taler. Nein, die Arbeitgeber haben wieder einmal durch ihren Trick auf die Gutmütigkeit der Arbeiter spekuliert, und leider auch nicht vergessend, die Verhandlungen waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen, einer der Herren rückt über den Damm aus, ein anderer sitzt bei der Abrechnung und hat auch demnach noch keine Zeit, selbst nicht am Abend, ja nicht einmal so viel Zeit, daß er die Treppe ganz herunter kommen konnte. Alles wegen der Abrechnung. Da nun auch ein großer Teil der Kollegen, von dem Trick der Arbeitgeber geblendet, keinen Wert auf den Abschluß der Verhandlungen legten, war die Durchführung der Bewegung nicht möglich. Die Kollegen erkennen zwar an, daß die Lohnsenkung nur durch das Vergehen der Organisation erreicht wurde, sind aber nicht gewerkschaftlich genug befreit, um den Wert der Tarife richtig zu erkennen. Darum Kollegen von Rheide, glaubet nicht genug getun zu haben, wenn ihr Mitglieder seid und eure Beiträge zahlt, wenn die Gewerkschaft ist auch ein Institut zur Weiterbildung der Arbeiterschaft, bejudet darum recht rege die Versammlungen, werbet lebendige Mitglieder des Verbandes, das seid ihr auch selbst, eurer Familie und dem ganzen Stande schuldig.

Am Donnerstag, den 16. Mai, vormittags 11 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus, Kronhauser Straße 19, eine Versammlung statt, an der auch sämtliche hiesigen Bauarbeiter teilnahmen. Die Tagesordnung war die Verhandlung über das Thema: Welche Aufgaben haben unsere jugendlichen Kollegen in kommenden Zeit zu erfüllen? Die Besprechungen wurden festgelegt auf jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr. Ein Flug nach Berlin soll am 9. Juni gemacht werden, wobei die Mitglieder vom Gewerkschaftshaus, Kronhauser Straße 19, kommend (Kronhauser) sollen mitgebracht werden. Die Organisationskommission wurden folgende Kollegen gewählt: A. Böllinger, L. Dieker, Anton Schmitt, Andreas Pfeiffer, Jof. Fröhlicher. Nachdem Kollege Schmitt noch kurz auf einiges hingewiesen hatte, wurde die letzte Strophe vom Lied: „O wie lieblich ist's dich“ gesungen. Darauf schloß die Versammlung.

Ortelburg. Einen guten Fischfang, der aber nicht gelungen ist, glaubte der Genosse Krieße, Beamter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, hier zu machen. Vor kurzer Zeit haben sich die Ortelburger Bauarbeiter im Zentralverband christlicher Bauarbeiter organisiert. Dies muß dem Genossen Krieße doch kolossal frapportiert haben. Flugs kommt er eines Tages, am 17. April, hierher, beruft eine Versammlung für die Ortelburger Bauarbeiter ein und legt dann aber los. Natürlich nichts Neues. Die alten Märchen, wie christliche Streikbrecher, der christliche Bauarbeiterverband hielte es mit den Unternehmern, wäre von Unternehmern gegründet usw., istete er unseren Kollegen auf. Dieses schien unseren Kollegen doch wenig glaubhaft, und sie wiesen hin auf Menstein. Aber wie die Genossen einmal sind. Ganz frech behauptet der Genosse Krieße, die Erfolge der Bauarbeiter in Menstein hätten diese nur dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband zu verdanken. Das war unsern Kollegen doch etwas zuviel geschwindelt, und allen Ernstes zeigten sie dem Genossen Krieße, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Und so mußte er sich dann schleunigst verabschieden. Es wurde ihm aber doch anheimgestellt, zur nächsten Mitgliederversammlung zu erscheinen. Er hat es aber vorgezogen, fernzubleiben. Die Ortelburger Kollegen sind keine Mohrringer, das möge sich der Genosse Krieße merken. Die Ortelburger Kollegen haben in kurzer Zeit, seit der sie sich organisierten, ihre Mitgliederzahl von 57 auf 100 erhöht und haben kein Verlangen nach einer sozialdemokratischen Organisation.

Schraudenbach. Auch in unserem Ort ist es zur Gründung einer Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes gekommen. Koll. Sommer aus Nürnberg war zu der Gründungsversammlung als Referent erschienen. Nachdem er uns klargestellt hatte, warum der Zusammenschluß in der Gewerkschaft für die Arbeiter eine Notwendigkeit sei, begründete er, warum wir Bauarbeiter von Schraudenbach nur dem christlichen Bauarbeiterverband angehören können. Er bietet uns die Gewähr, an der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu arbeiten, ohne daß dabei unsere religiöse und politische Überzeugung verletzt wird. Daß Koll. Sommer den Kollegen so recht aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies die große Begeisterung, die in der Versammlung herrschte. Man ging sofort zur Gründung der neuen Zahlstelle über, der sofort 13 Mitglieder beitraten. In den Vorstand wurden gewählt Koll. Mayer als Vorsitzender, Koll. W. Schneider als Kassierer, Koll. G. Mauder als Schriftführer und die Kollegen Franz Hertlein und Franz Vogel als Beisitzer. Alle gewählten Kollegen versprachen, treu und eifrig an der weiteren Ausbreitung unserer Zahlstelle mitzuarbeiten. Nachdem alle Anwesenden Koll. Sommer für seine Mitwirkung gedankt hatten, konnte die Versammlung geschlossen werden. Kollegen! Der Anfang ist nun gemacht, aber immerhin erst der Anfang. Es gilt nun, das Begonnene auch weiterzuführen. Das kann nur in zäher Arbeit erreicht werden. Diese Arbeit darf nicht nur auf die Versammlungen beschränkt bleiben; sie muß hauptsächlich ausgeübt werden auf den Baustellen und im Bekanntheitskreis. Nur wenn wir als eine Macht dastehen, gefestigt nach innen und nach außen, nur dann wird es uns möglich sein, eine Verbesserung in den Verhältnissen unseres Berufs herbeizuführen. Auf denn zur Arbeit!

Stolberg. Das gewerkschaftliche Samenorn, welches 1911 hier erneut ausgestreut worden ist, hat in Stolberg sowohl wie in der Umgegend, wie Müßbach usw., guten Boden angetroffen, mit einem Wort, „es ist aufgegangen“. Eine Hand voll Pioniere hat mit Unterstützung des Kollegen Himmerich unablässig das Gebiet bearbeitet und freut sich heute ihres Erfolges, indem sie auf eine ansehnliche Zahl Mitkämpfer blicken kann. Es weht heute ein frischer Wind in Stolberg und Umgegend, das erste Hundert christlich organisierter Bauarbeiter ist bereits am Marschieren. Sache der anderen Kollegen im Baubereich ist es nun, sich derjenigen Organisation anzuschließen, die energisch für die Interessen der Kollegen eintritt. Grundbedingung bei allem ist, daß alle Kollegen im Baubereich geschlossen dem christlichen Bauarbeiter-Verbande beitreten und den Grundsatz endgültig aus der Welt schaffen: „Daß die Organisation Erfolg, so bekommst du auch was!“ Im Gegenteil, die organisierten Arbeiter bilden selbst die Organisation. Hoffen wir, daß die gewonnenen Kollegen selbsthaken und noch recht viele angeworben werden, damit wir uns gemeinsam der kommenden Erfolge erfreuen können.

Stukkateure und Gypfer.

Contwig (Pfalz). Nicht eigenartige Wege wandeln die Firmajenseiter roten Gypfer bei ihrem Bestreben, für ihren Verband Boden zu gewinnen und uns möglichst kalt zu stellen. So traten sie in diesem Frühjahr mit den Vertretern der Zunft in Unterhandlungen ein, ohne daß die christlichen Gypfer davon auch nur ein Wort mitbekannt wurde. Man wollte anscheinend durch diese Übung erreichen, daß die christlichen Gypfer von Contwig aus Firmajenseit verdrängt würden. Allerdings mit negativem Ergebnis. Eher scheint das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte, eingetreten zu sein, da jetzt nur noch einige alte rote Gypfer in Firmajenseit sind. Auch sieht man sich „freier“ Seite über die Bestimmungen des Tarifvertrages hinweg. Man arbeitet 11 Stunden bei 65 Pf. Stundenlohn. Laut Tarif dürfen nur 9 1/2 Stunden gearbeitet werden und beträgt der Stundenlohn 69 Pf. Mehr arbeiten kann nur abgeholfen werden, wenn alle sich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter anschließen. Darum, Kollegen von Contwig und Firmajenseit, schart euch zusammen, denn nur Einigkeit macht Kraft!

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit hat der (Christlich-nationale) Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter Deutschlands im vergangenem Jahre geleistet. Er erzielte für 4771 Mitglieder eine Gesamtlöhnerhöhung von 382 991 M und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 194 512 Stunden. Dazu kommen noch die Erfolge, die sich zahlenmäßig gar nicht erfassen lassen, wie Abwehr angekündigter Verschlechterungen, Erreichung von Zuschlägen für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Gewährung von Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes, Errichtung von Arbeiterausschüssen, Verbesserung und Einhalten der Arbeiterschutzvorschriften usw. Ein Beweis, daß der Verband die Interessen der Arbeiter mit Nachdruck und Erfolg vertreten hat.

Der Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Sitz Elberfeld) trat am 16. Mai in Elberfeld zu seinem zweiten Verbandstag zusammen. Der eigentlichen Tagung ging eine Massenversammlung der deutschen Eisenbahnhandwerker und -arbeiter voraus, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Ideen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gestaltete. Zahlreiche Reichstagsabgeordnete der bürgerlichen Parteien, darunter fast ausnahmslos die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, hatten sich eingefunden. Graf Bogdanowshy nahm das Wort zu einem Vortrag über die Stellung der Eisenbahnbediensteten in Staat und Gesellschaft. An den Anfang seiner Rede stellte er ein politisch-religiöses Glaubensbekenntnis, in dem er betonte, daß er mit den Anwesenden in der christlichen Weltanschauung die Grundlage jeder Lebensführung und in der monarchischen Gestattung die Grundlage aller inneren Wohlfahrt und allen äußeren Ansehens des Staates erblicke. Des weiteren verbreitete sich Redner über das Verhältnis zu Staat und Monarchie. Ein vertrauensvolles Einvernehmen zwischen dem Staat und seinen Bediensteten ergebe sich aus diesen Umständen als eine Notwendigkeit.

Als zweiter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Viz. Mumm (Berlin). Er wies auf das große Heer der Eisenbahnbediensteten hin, das heute schon 350 000 Mann umfaßt und alljährlich um fast 20 000 steigt. Die Eisenbahnbediensteten stehen in einem Treueverhältnis zu Kaiser und König, und da gibt es nur ein Entweder — Oder. Entweder man huldigt der Sozialdemokratie und zieht daraus die Konsequenzen, oder man steht in dem Treueverhältnis zum Kaiser. Aber von dem einen das Brot nehmen und dem anderen heimliche Dienste leisten, das ist nicht die Sache aufrechter Männer.

Von stürmischem Beifall begrüßt, ergriff dann das Wort Reichstagsabgeordneter Heilmann-Bodum. Er betonte die beiden Kennmerkmale unserer Bewegung: christlich und national, und trat für eine kräftige Förderung unserer Sozialpolitik ein. Nachdem noch Generalsekretär Sregerwald und Landtagsabgeordneter Beher (Dortmund) gesprochen hatten, schloß die imposante Kundgebung, an die sich an den beiden folgenden Tagen der eigentliche Verbandstag anschloß.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Sozialdemokratische Ausschreitungen beim Züricher Mafestreit und ihre Folgen. Wir berichteten in letzter Nummer über Ursache und Verlauf des Züricher Mafestreits. Nunmehr läuft unter dem sensationellen Titel: „Revolverchristen“, „Mordchristen“, oder „Christliche Streikbrecher als Arbeitermörder“ eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, worin erzählt wird, beim Mafestreit in Zürich habe ein „christlicher Streikbrecher“ einen streikenden Sozialdemokraten ohne jeden Grund meuchlings über den Haufen geschossen. Vier der wahre Sachverhalt: An dem erwähnten, von sozialdemokratischer Seite einseitig inszenierten Streit im Züricher Mafegewerbe konnten sich die christlich organisierten Gehilfen nicht beteiligen, weil die Sozialdemokraten Forderungen aufgestellt hatten — so erstreckten sie z. B. ein sozialdemokratisches Monopol im Arbeitsnachweis —, die auf eine Unterdrückung der christlichen Organisation hinausliefen. Die streikenden Genossen organisierten dann regelrechte Terrorismuskolonnen, die die weiterarbeitenden christlichen Gehilfen malträtierten, überfielen und in mehr wie vierzig Fällen in roher Weise tötlich mißhandelten.

Am 15. April drangen drei Streikende unter Anführung eines Genossen Wydler, eines noch jungen, aber schon mehrfach vorbestrafter Menschen, in eine abgeschlossene Wohnung auf dem ersten Stock eines Hauses ein, wo die christlichen Gehilfen Dillmann und Kaiser am Arbeiten waren. (Letzterer war vor einigen Tagen auf dem Wege zur Arbeit schon überfallen und schwer mißhandelt worden, weshalb er sich zur persönlichen Sicherheit mit einem Revolver bewaffnet hatte.) Als Dillmann die Aufforderung Wydlers, die Arbeit niederzulegen, ablehnte, wurde er, wie der „Gewerkschafter“, das Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz (Nr. 19, 1912) berichtet, „von Wydler tötlich angegriffen und brutal durchgeprügelt“.

„Auf den Särm kam Kaiser herbei, der im Korridor gearbeitet hatte. Sofort stürzte sich Wydler auf Kaiser los, der ihn nach einigen Mißhandlungen wegstoßen konnte. Nun drohte Kaiser mit dem Revolver, falls Wydler nicht entfern. Wydler ging neuerdings auf Kaiser los, der ihm den Revolver entgegenhielt. Wydler erfaßte die Hand Kaisers mit dem Revolver und drückte sie hinunter, wobei der Schuß unbeabsichtigt losging, der Kaiser tödlich traf und nach einigen Tagen den Tod desselben zur Folge hatte. Dies die Darstellung von Wydler selber im amtlichen Verhör.“

Der im höchsten Grade bedauerliche Vorgang fällt mithin allein den sozialdemokratischen Terroristen zur

last. Die sozialdemokratische Presse lügt, wenn sie behauptet, Kaiser habe meuchlings aus dem Hinterhalt, „versteckt hinter der Türe des Nebenimmers“ (Sozialdemokratische „Gewerkschaftliche Rundschau“ der Schweiz, Nr. 4, 1912), den Schuß auf Wydler abgegeben. Jenerst verübten die Anhänger der Sozialdemokratie den brutalsten Terrorismus und dann tun sie auch noch der Wahrheit Gewalt an, um sich von den begangenen Verbrechen reinzumachen.

Die christlichen Gewerkschaften Belgiens gewinnen erfreulicherweise im öffentlichen Leben immer mehr an Bedeutung. Das beweisen so recht die jüngst getätigten Wahlen zu den belgischen Arbeiterschiedsgerichten. Auch in Groß-Brüssel nahmen jetzt zum ersten Male unsere Kollegen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Energie auf. Trotz der Jugend der Organisation und ihrem mangelhaften Ausbau ist das Resultat durchaus befriedigend. Es fielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 10 000 Stimmen, gegenüber 23 000, die für die sozialdemokratische Liste abgegeben wurden. In Gent, das als eine Domäne der roten gilt, die dort sehr gut organisierte Genossenschaften besitzen, erhielten die christlichen Arbeiter 11 159 Stimmen, die damit nur wenig hinter der sozialdemokratischen Stimmenzahl, die 12 014 betrug, zurückblieben. In Antwerpen erhielten die Christlichen 12 367 Stimmen, die Sozialdemokraten 16 186 Stimmen. In Namur, wo die christlichen Arbeiter erst spät in den Kampf eintraten, vereinigten sie ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten. Hochtönend hatte das sozialdemokratische Hauptblatt „Le Peuple“ vor den Wahlen hinausposaunt, die christlichen Gewerkschaften würden nur einige tausend Stimmen erhalten. Die Gegner haben sich darin getäuscht. Das günstige Resultat wurde erzielt trotz mancher Umstände, die zweifellos ungünstig auf das Wahlergebnis gewirkt haben. So wurden in Brüssel den christlichen Gewerkschaften die Wählerlisten viel zu spät zugeföhrt, so daß die nötigen Mitgiftstellungen nicht mehr vorgenommen werden konnten. Auch wurden mit der Herstellung der Listen Mängel betraut, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen. Wie der Vorsitzende des belgischen christlichen Transportarbeiterverbandes erklärte, sind 80 Prozent der Mitglieder seines Verbandes nicht in die Wählerlisten eingetragen gewesen. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse haben die belgischen christlichen Arbeiter doppelten Anlaß, mit den Ergebnissen der Wahlen zufrieden zu sein. Die Wahlen wurden nach dem Proportionalwahlssystem getätigt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Krüppelfürsorge. Ende Mai wird in München der zweite deutsche Kongreß für Krüppelfürsorge abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen sechs Vorträge, die sämtlich Fragen der Krüppelfürsorge behandeln werden. Besonders wird sich der Kongreß mit der Frage der Berufswahl verkrüppelter Kinder beschäftigen, auch die Frage, inwieweit die Zahl der Krüppel durch rechtzeitige Behandlung in einer orthopädischen Anstalt vermindert werden kann, dürfte von großer Wichtigkeit sein. Denn bei frühzeitiger Behandlung können viele Krüppelkinder vor ihren Gebrechen behütet werden, oder es wird doch wenigstens eine wesentliche Besserung herbeigeföhrt. Die Berufswahl der Krüppelkinder ist von noch größerer Wichtigkeit als bei anderen Kindern; denn viele Krüppel wenden sich gerade Berufen zu, durch die ihr Gebrechen noch verschlimmert wird. Gelingt es, den gesundheitlichen Zustand der Krüppelkinder schon in der Jugend zu verbessern, so können die mit irgendeinem Gebrechen behafteten Kinder auch solchen Berufen zugeföhrt werden, die von vornherein weniger gesundheitsschädlich sind. Nach mancher Richtung hin sind die Krüppel die bedauernswertesten Menschen; daß ihr Los erleichtert wird, wird jeder Menschenfreund wünschen.

Die deutsche überseeische Auswanderung im Monat April 1912 und in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es wurden befördert deutsche Auswanderer im Monat April:

Aber	1912	1911
Bremen	895	1321
Hamburg	493	652
deutsche Häfen zusammen	1897	1973
fremde Häfen (soweit ermittelt)	344	709
überhaupt	1731	2682

Aus deutschen Häfen wurden im Monat April 1912 neben den 1387 deutschen Auswanderern noch 23 224 Angehörige fremder Staaten befördert; davon gingen über Bremen 13 679, über Hamburg 954.

Gerichtliches.

Kann das Fahrrad eines Arbeiters gepfändet werden? Urteil des Sächsischen Oberlandesgerichts. Bearbeitet von Rechtsanwalt Dr. Felix Waltherr-Leipzigsk. (Nachdr. auch im Auszuge verb.) Vorstehende Frage verbietet allgemeine Beachtung, da heutzutage das Fahrrad zu einem bedeutsamen Verkehrsmittel besonders für Arbeiterkreise geworden ist und ein Objekt darstellt, das einen nicht unerheblichen Wert hat. Die Pfändbarkeit des Fahrrades wurde vom Oberlandesgericht Dresden in folgendem interessanten Falle anerkannt: Im Auftrage des Fleischermeisters W. wurde wegen einer ihm gegen den Fabrikarbeiter S. zustehenden vollstreckbaren Forderung von ungefähr 80 M bei diesem ein Fahrrad gepfändet. S. erhob hiergegen Einwendung, da er behauptete, das Fahrrad sei ihm zur Beförderung an seine Arbeitsstelle unentbehrlich. Das Amtsgericht wies jedoch die Einwendung als unbegründet zurück. Auf die von S.

dagegen erhobene Beschwerde erklärte das Landgericht, daß die Einwendung beachtlich sei und das Fahrrad bes. 5. zu den in § 811 Biff. 5 der P.D. bezeichneten unpfändbaren Sachen gehöre. Der Gläubiger B. rief nunmehr die Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden an und hatte damit Erfolg. Der höchste Sachs. Gerichtshof erklärte: Der Schuldner gehört zwar zu den in § 181 Nr. 5 der P.D. genannten Personen. Das gepfändete Fahrrad ist ihm aber nach dem Bestehen des Beschlusses des Landgerichts nicht zur persönlichen Fortsetzung seiner Geschäftstätigkeit unentbehrlich. Der Schuldner ist vierzig Jahre alt und annehmbar körperlich gesund. Er wohnt nach seiner Angabe nur etwa eine Stunde von seiner Arbeitsstätte entfernt. Wie Entfernung ist keineswegs dauernd und körperlichen Anstrengungen seiner Arbeit daran Fortsetzung dann unmöglich wäre, wenn ihm nicht für den Weg nach der Arbeitsstätte und von dort zurück ein Fahrrad zur Verfügung stände. Dem Beschwerdeführer ist bekannt, daß viele Arbeiter, die ebensolange und angestrengt wie der Schuldner zu arbeiten haben, täglich noch weitere Entfernungen als der Schuldner nach ihrer Arbeitsstätte und von dort wieder nach Hause zu Fuß zurücklegen. Unter diesen Umständen läßt sich mindestens im vorliegenden Falle nicht die Unentbehrlichkeit des Fahrrads für den Schuldner bejahen. Der Beschluß des Landgerichts wurde deshalb aufgehoben und die Forderung des Fahrrades für zulässig erklärt.

zur Warnung. Der Bauarbeiter Friedrich B. in Plauen hatte die Arbeit auf dem Bau niedergelegt und vernichtete beim Weggehen seine Spitzhose. Darz entschlossen nahm er sich eine andere und ging weg. Das Gericht fand es sehr unrichtig, einen Arbeitskollegen, der sein Werkzeug nicht unter Verwahrung halten kann, zu bestrafen und verurteilte ihn zu 2 Tagen Gefängnis.

Gefährliche Aktion. Urteil des Reichsgerichts vom 17. Mai 1912. (Rechtsw. 17. Mai 1912. (Rudow. verb.) Der Angeklagte, der sich im September 1911 beim Bau eines neuen Kesselhauses im holländischen Elektrizitätswerk von Genua beschäftigte, an dessen Spitze der Arbeiterführer stand, wurde verurteilt, weil er die Arbeit auf dem Bau des Kesselhauses unter der Leitung des Bauarbeiters stellte und die Arbeiter dazu anleitete, die Arbeit zu unterbrechen. Die Angeklagten waren an 7 Unternehmern verurteilt. Die Angeklagten der Arbeiter waren an dem Tag der Angeklagten bereits ca. 12 Meter hoch gebunden, an ihrer Unterseite befanden sich Gerüstböden, die im allgemeinen gut abgedeckt, mit 1 Meter hohen Brettern versehen waren. An der äußeren Seite des Baues waren die Gerüstböden allerdings nicht abgedeckt, weil dort in letzter Zeit nicht gearbeitet worden war. Es handelte sich um Gerüstböden, die sich auf die Arbeit der Arbeiter auswirkten. Die Angeklagten wurden an 7 Unternehmern verurteilt. Die Angeklagten der Arbeiter waren an dem Tag der Angeklagten bereits ca. 12 Meter hoch gebunden, an ihrer Unterseite befanden sich Gerüstböden, die im allgemeinen gut abgedeckt, mit 1 Meter hohen Brettern versehen waren. An der äußeren Seite des Baues waren die Gerüstböden allerdings nicht abgedeckt, weil dort in letzter Zeit nicht gearbeitet worden war. Es handelte sich um Gerüstböden, die sich auf die Arbeit der Arbeiter auswirkten.

Genossenschaft veräußerten Baustellen wurden folgende Preise gezahlt: Regierungsbaumeister Michael Loewe, Charlottenburg, zahlte für eine 1133 Quadratmeter große Parzelle 232 450 M. — Für das Grundstück Straße 3a und Dreibrunnstraße in Größe von 889 Quadratmetern wurden durch den Baumeister Franz Gebold, Friedenau, 123 000 M. gezahlt. — Ein Grundstück an Straße 2 in der Größe von 661 Quadratmetern, das der Kaufmann Max Strampe erwarb, kostete 85 000 M. — Der Baumeister Hermann Speck, Wilmersdorf, Liebenburger Straße 41/42, zahlte für ein Grundstück von 1136 Quadratmetern Größe 231 200 M. — Das 805 Quadratmeter große Grundstück, an der Dreibrunnstraße gelegen, das von dem Schreinermeister Tomporowski, Berlin, Lindenstraße 100, erworben wurde, kostete 101 000 M. — Für ein 929 Quadratmeter großes Grundstück, das vom Baumeister Jarecki, Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 12, erworben wurde, sind 142 800 Mark gezahlt worden. — Für ein weiteres 1067 Quadratmeter großes Grundstück an Straße 2 wurden von der Reinen Tempelhofer Hausbau-Ges. m. B. G. in Wilmersdorf, Markgraf-Albrecht-Straße 2, 149 000 M. gezahlt. Es wurden also hiernach für 6610 Quadratmeter 1 064 450 M. gezahlt, demnach durchschnittlich für ein Quadratmeter 161 M. oder für 100 Quadratmeter 16 100 M. Die Quadratmeterpreise, die in Berlin bezahlt werden.

Dels i. Schl. Am 14. Mai verunglückte unser Mitglied, der Maurer Fritz Luno aus Gänseberg bei Dels am Bollschuldenbau beim Einbauen eines Deckengewölbes. Er fiel aus einer Höhe von 7 Metern herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Mittels Droschke wurde er von der Unfallstelle ins Krankenhaus überführt, mußte aber unbegriffenerweise von 10 Uhr vormittags bis gegen Abend auf ärztliche Hilfe warten. Den Kollegen möge dieser Unfall eine neue Mahnung zur Vorsicht sein.

Reimar. Der Offenauer Erwad Pöhlke war mit Reparaturarbeiten an einem Fabrikhornstein beschäftigt, als plötzlich der Sicherungsgurt riß und Pöhlke 20 Meter tief abstürzte. Er brach das Genick.

Bücherchau.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von E. Galm, Magistratsassistent in Schaffenburg (Eisenstraße 3), Selbstverlag, 7. Auflage (31. bis 35. Tausend), Preis 20 Pf. Eine vom I. h. Staatsministerium des Innern empfohlene Broschüre, die nicht allein die seit 1. Januar 1912 geltenden Bestimmungen in klarer, verständlicher Weise darlegt, sondern auch tabellarische Übersichten der Höhe der Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten enthält. Jede versicherungsberechtigte Person sollte im Besitze dieser vortrefflichen Aufklärungsschrift sein. Infolge Vereinbarung mit dem Verleger kostet diese unzerstörbaren Leinwanddrucke portofrei 100 Stück zu 10 M. Unsere Ortsgruppen ersuchen wir, Bestellungen direkt bei dem Verfasser zu machen.

Geschäftliches.

Marke Elefant bezieht die Westfälische Maschinen-Fabrikation Bruno Richterstein, Osnaabrück, ihre Erzeugnisse, die durch außerordentlich dauerhafte Ausführung und elegante Form bei niedrigsten Preisen sich einen Ruf erworben haben. Der Interessierte für Geschäfte, Sägen und Leistenwagen, Fräsmaschinen, Ständerbohrer, Bohrmaschinen, Sägen, Hobelmaschinen, Klappstühle und für alle im Haushalt nützlichen Gegenstände hat, der findet in dem reich illustrierten Preisverzeichnisse, das von der Firma Bruno Richterstein gratis und franco geliefert wird, reichliche Auswahl.

Bekanntmachungen.

Achtung! Neuwied. Die Adresse des Kassierers ist Karl Bittig, Geislerstr. 77, Neuwied.

Achtung! Wer den Aufenthalt des Koll. Joseph Brand geb. zu Niederlein, kennt, wird gebeten, seine Adresse an den Koll. Joseph Stiller, Südstraße 7, Mühlheim (A. u. R.) gelangen zu lassen.

Achtung! Zahlstelle Tarnowitz D. Schl. Zu reisende Kollegen, und auch alle, die bisher hier gearbeitet haben und noch nicht hier angemeldet sind, mögen sich melden beim Koll. Rafael Gleszyl, Bergwerkstraße 15, Hinterhaus, parterre links.

Achtung! Arbeitsuchende. Maurer und Hilfsarbeiter können im Landreise Dortmund Arbeit bekommen. Interessierte melden sich auf dem Verbandsbureau Dortmund, Westfälische Str. 64.

Verwaltungsstelle Dortmund. J. A.: B. Euler.

Storbekannt.

Am 30. April starb unser treuer Kollege Viktor Lange im Alter von 23 Jahren an Magenleiden. Zahlstelle Hannover (Bauarbeiter).

Am 8. Mai starb unser Kollege Alfons Osterlag im Alter von 45 Jahren infolge Unfalls. Verwaltungsstelle Mühlhausen i. E. (Eisenarbeiter).

Am 9. Mai starb unser treuer Kollege Albert Gottschall im Alter von 36 Jahren an Lungenschwindsucht. Zahlstelle Glogau.

Am 10. Mai starb nach mehr als halbjährigem Leiden (Schlagleiden und Lungentuberkulose) unser treues Mitglied Joseph Reutzura im Alter von 28 Jahren. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. Verwaltungsstelle Posen.

Am 10. Mai starb unser lieber Kollege Georg Göttschen im Alter von 38 Jahren. Zahlstelle Gelsenkirchen (Maurer).

Am 13. Mai starb unser treuer Kollege Johann Hermann Kaffeler im Alter von 26 Jahren an Lungentuberkulose. Zahlstelle Barmen (Stuhl).

Am 14. Mai verschied nach langem Leiden unser Kollege Richard Saenisch (Zimmerer) im blühenden Alter von noch nicht 24 Jahren an Kehlkopf- und Lungentuberkulose. Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

Am 14. Mai starb der Mitbegründer unserer Zahlstelle und I. Kassierer, Kollege August Kahle im Alter von 57 Jahren an Lungentuberkulose. Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kollegen, und werden mit sein Andenken stets in Ehren halten. Verwaltungsstelle Warendorf i. W. Ihre ihrem Andenken!

Zur richtigen Pflege der

Gesundheit

gehört in erster Linie eine rationelle Hautpflege mit einer neutralen Seife, und empfehlen wir als beste med. Seife die allein echte **Sickenpferd-Lillemilch-Seife**

5 Pfennigpackung, 10 Pfennigpackung, 20 Pfennigpackung, 50 Pfennigpackung, 1 Markpackung, 2 Markpackung, 5 Markpackung, 10 Markpackung, 20 Markpackung, 50 Markpackung, 100 Markpackung, 200 Markpackung, 500 Markpackung, 1000 Markpackung.

Aus dem Baugewerbe.

Wichtig! Die Bauarbeiter sind verpflichtet, die Arbeit zu unterbrechen, wenn die Arbeitssicherheit gefährdet ist. Die Bauarbeiter sind verpflichtet, die Arbeit zu unterbrechen, wenn die Arbeitssicherheit gefährdet ist.

AMON

AMON ist ein... (text describing the brand and products)

Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

AMON

AMON ist ein... (text describing the brand and products)

Der Kopf einer Nähmaschine ist Voraussetzung!

Für 48 Mark

versende ich eine hochelegante hochartige Familien-Nähmaschine

Familien-Nähmaschine

System Singer

Der Kopf einer Nähmaschine ist Voraussetzung!

Für 48 Mark

versende ich eine hochelegante hochartige Familien-Nähmaschine

Familien-Nähmaschine

System Singer

Der Kopf einer Nähmaschine ist Voraussetzung!

Für 48 Mark

versende ich eine hochelegante hochartige Familien-Nähmaschine

Familien-Nähmaschine

System Singer